

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstausgabe wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jahn.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adelsstraße 18a part.
Telephonruf: Nr. 8900.

Insertionsgebühren pro sechsgepaßte Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **545 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zahlreiche Blätter veröffentlichten einen Abschnitt aus dem Jahresbericht der Bochumer Handelskammer, der sich mit der wirtschaftlichen Situation im ersten Semester des laufenden Jahres befaßt. Was der Bericht über die gegenwärtige Konjunktur zu sagen weiß, deckt sich mit den Auffassungen, die in den letzten Wochen und Monaten von vielen Handels- und Industrieorganisationen geäußert wurden, auch die Bochumer Handelskammer glaubt, daß ein anhaltender Niedergang der Konjunktur vorerst nicht zu befürchten wäre, obwohl die **Laue Entwicklung des Baumarktes** sowie die damit zusammenhängende Zurückhaltung der Banken gegenüber den Kreditansprüchen von Handel und Industrie bedenklich sei, und der Arbeitsmarkt seit April eine etwas rückgängige Bewegung genommen habe. Gegen die Befürchtungen eines nahe bevorstehenden dauernden Rückschlages spräche die noch beträchtliche Aufnahmefähigkeit des Marktes und die gute Beschäftigung der Werke, die für lange Zeit mit Aufträgen versehen wären, auch die Aussichten auf eine ausgereicherte Ernte berechtigen, eine weitere Stärkung der Kaufkraft zu erhoffen. Typisch für die Berichterstattung vieler, wenn nicht gar der meisten Handelskammern, sind nun die weiteren Betrachtungen über „mehrere dunkle Punkte“, die geeignet sein sollen, die Zukunft der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens als gefährdet erscheinen zu lassen. „Das ist zunächst“, fährt der Bericht fort, „die durch die Reichsversicherungsordnung und das Versicherungsreformgesetz für die Angestellten bedingte, sehr erhebliche Vermehrung der sozialen Lasten, das andauernde Steigen der öffentlichen, namentlich der kommunalen Ausgaben, die Frage, ob die Verschärfung der sozialen Kämpfe in bisheriger Weise fortgeschritten sind, endlich die große Unsicherheit, die der gegenwärtige Reichstag in Hinsicht auf die berechtigten Interessen von Handel und Industrie bietet.“

In Wirklichkeit glaubt natürlich kein Industrieller auch nur an die entfernteste Möglichkeit einer Konjunkturbeeinträchtigung durch die Reichsversicherungsordnung, noch weniger an die anderen Konjunkturfährungen, die die Bochumer Handelskammer zu sehen vorgibt. Die „dunklen Punkte“ sind für die Regierungen und zur Bearbeitung kritischer Kreise berechnet. Daß aber Handelskammern in ihren Konjunkturberichten vor derartigen volkswirtschaftlichen Ausschreitungen nicht zurückschrecken, beweist den hohen Grad auch der geistigen Verwilderung unseres Scharfmachtums.

Für die Bochumer Handelskammer könnte der Abschluß des Bochumer Gustafshäuserius für das Geschäftsjahr 1911/12 eine recht lehrreiche Lektüre bilden, denn die Zahlen dieses Abschlusses erbringen nicht nur den Beweis glänzender Zeiten für das Kapital, sie zeigen die Sinnlosigkeit der abgedroschenen, aber immer wieder aufgestellten Behauptungen von der Erschöpfung der Industrie durch die Folgen der sozialpolitischen Gesetzgebung. Der Gewinn des Bochumer Gustafshäuserius ist der höchste, der von dem Unternehmen je erzielt worden ist, der Reingewinn beträgt nach Abschreibungen von 1,9 Millionen gegen 1,8 Millionen Mark im Vorjahre 4,9 Millionen gegen 4,45 Millionen Mark für das Jahr 1910/11. Wie sich die Abschlußzahlen der Gesellschaft seit dem Jahre 1901/02 gestalten, ist aus folgender Zusammenstellung zu erkennen:

Geschäftsjahr	Umsatz	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende Prozent
1901/02	8684424	1579292	2105132	7
1902/03	8644427	1599598	2054839	7
1903/04	4458916	1140269	9318657	10
1904/05	4678341	1181787	8641538	12
1905/06	5499724	1122773	4975961	15
1906/07	6043983	1188681	4856701	16 1/2
1907/08	6095511	1326686	4436500	15
1908/09	5285292	1642966	3692826	12
1909/10	5420516	1790660	3829856	12
1910/11	6250000	1800000	4450000	12 1/2
1911/12	6800000	1900000	4900000	14

Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Kapital, das früher 25 Millionen Mark betrug, seit 1910/11 auf 30 Millionen Mark erhöht worden ist, weiter kommt hinzu, daß auch aus den Gewinnen ständig große Aufwendungen für Betriebsvermehrungen gemacht worden sind. Die erzielten Gewinne hätten der Gesellschaft zweifelloser ermöglicht, auch auf das erhöhte Kapital eine noch höhere Dividende zu verteilen.

Einen nicht minder vorzüglichen Abschluß veröffentlichten die Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wißener Eisenhütten, A.-G. in Aachen, deren Reingewinn (ohne Vortrag) nach Abschreibungen von rund 835 000 Mark gegen 659 000 Mark im Vorjahre sich von 1.289 Millionen im Jahre 1910/11 auf 2.126 Millionen Mark erhöhte. Die Dividende steigt von 10 auf 12 Prozent, zum Vortrag auf neue Rechnung gelangt rund 1 Million Mark. Als besonders bemerkenswert wird die außerordentliche Zunahme des Gewinnes angesehen, da das Weichblechwerk der Gesellschaft, zu dessen Errichtung das Kapital von 10 auf 13 Millionen Mark erhöht wurde, erst im April dieses Jahres in Betrieb kam und zu dem Gewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres noch nichts beitragen konnte. Wenn das Kapital angesichts dieser Ergebnisse unausdrückliche Klagen über soziale Lasten ausstößt, so werden alle Wirtschaftskundigen, die sich auch nur etwas Objektivität

bewahrt haben, darin Ausflüsse einer ungeheuerlichen Erblichkeit erblicken müssen.

Von der günstigsten Lage der Eisenindustrie hat auch das Vöropfer Walzwerk nicht unwesentlich profitiert. Nachdem es für 1909/10 dividendenlos geblieben war, konnte es für 1910/11 eine Dividende von 12 Prozent verteilen, für 1911/12 wird die Dividende nun auf 13 Prozent erhöht. Das Unternehmen, das ursprünglich ein reines Feinblechwalzwerk war, ist zur Produktion eigenen Halbzeuges übergegangen. Die Beschäftigung ist, wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, anhaltend gut. Die in Ausführung begriffenen Um- und Neubauten, die in erster Linie eine Verbesserung und Verbilligung des Betriebes bezwecken, mit denen aber auch eine Produktionsvermehrung von circa 25 Prozent verbunden ist, kommen bis Ende Dezember dieses Jahres in Betrieb. Die Verwaltung rechnet auch im laufenden Geschäftsjahre mit Rücksicht auf die schon getätigten Verkäufe und besseren Produktionsbedingungen auf ein befriedigendes Geschäft.

Eine Großbank wies kürzlich in einem Wochenbericht, durch den die Rundschau zur Beteiligung an den Börsengeschäften angeregt werden soll, darauf hin, daß die Kurse für Aktien von Industrieunternehmen nicht höher stehen als vor etwa 2 Jahren, obwohl in der Zwischenzeit die Gewinne dieser Unternehmen durch Preissteigerungen, erhöhten Absatz u. s. w. erheblich gestiegen wären. Außerst bedenklich ist nun die Folgerung, die nach dem Willen der Bank aus diesen Feststellungen gezogen werden soll, daß nämlich die Kurse für Industriepapiere noch nicht hoch genug stehen. Weit zutreffender ist die Annahme, daß die Kurse für Industriepapiere vor zwei Jahren der industriellen Entwicklung mit Riesenschritten vorausgegangen, also spekulativ übertrieben waren. Es wäre auch merkwürdig, daß die Börse dem industriellen Aufstieg so langsam folgen würde. In den beiden letzten Jahren sind natürlich die Kurse für die in Frage kommenden Aktien nicht unbeeinträchtigt geblieben, bei der vorjährigen Börsenpanik erfolgte nach den vorhergegangenen Ueberhebungen ein Rückschlag, der später erst wieder ausgeglichen wurde. Zu den Papieren, die letzten ganz besonders starke Kurssteigerungen erfahren, gehören die Aktien von Automobilfabriken. Der letzte Abschluß eines großen Automobilunternehmens liegt in der Bilanz der A. G. Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenwerke in Mannheim, vor. Die Gesellschaft, die ihre Dividende von 8 auf 10 Prozent erhöht, weist einen Bruttogewinn von 12,18 Millionen gegen 6,15 Millionen Mark im Vorjahre aus, mehr als verdoppelt hat sich der Reingewinn, der 4,45 Millionen Mark gegen 2,01 Millionen Mark im Vorjahre beträgt. Aus dem Reingewinn werden neben der erhöhten Dividende Extraabschreibungen vorgenommen, die um 900 000 Mark höher sind als im Vorjahre, der Vortrag wird um etwa 825 000 Mark erhöht. Die ordentlichen Abschreibungen vor Feststellung des Reingewinns erfahren eine Erhöhung von 564 000 Mark. Der über alle Erwartungen glänzende Aufschwung der Automobilindustrie ist mit in der Hauptsache auf die starke Steigerung des Exports zurückzuführen. Es betrug die Ausfuhr im ersten Halbjahre in Mark:

	1908	1910	1911	1912
Personenmotorwagen	8812000	16916000	24248000	42833000
Lastmotorwagen	826000	1239000	1724000	8056000
Motorfahräder	660000	747000	959000	1429000

Dagegen stellte sich die Einfuhr im ersten Halbjahr in Mark:

	1909	1910	1911	1912
Personenmotorwagen	4683000	4245000	4916000	6124000
Lastmotorwagen	280000	375000	858000	1854000
Motorfahräder	66000	90000	160000	116000

Wenn auch die Einfuhr etwas gestiegen ist, so steht diese Zunahme doch in gar keinem Verhältnis zu der erheblichen Steigerung des Exports. Auch die Ausfuhr von Fahrrädern hat eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren, es stellte sich der Wert des Exports von Fahrrädern im ersten Semester 1909 auf 8 281 000 Mark, im ersten Semester 1910 auf 10 061 000 Mark, im ersten Semester 1911 auf 10 556 000 Mark und im ersten Semester 1912 auf 12 115 000 Mark. Aktien von Fahrradfabriken fanden jüngst gleichfalls starkes Interesse der Spekulation, die die Kurse in der Erwartung besserer Ertragsaussichten dieser Unternehmen herauftrieb.

Günstige Schilderungen kommen andauernd aus der Schiffbauindustrie, die Bestellungen haben bis in die letzten Tage hinein zugenommen. Viel bemerkt wurde, daß die Dulkanwerke in Stettin und Hamburg, die Mitglied von der griechischen Marine einen Auftrag auf 8 Hochseetorpedoboote bekommen hatten, auch die Bestellung eines Rangertreuzers des gleichen Landes erhielten. Merkwürdige Ergebnisse hatte die Submission der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven, die in beschränkter Submission die Herstellung eines Schminndocks von 40 000 Tonnen ausgeschrieben hatte. Es forderten:

Bladm & Vogl	4000000	Gutehoffnungshütte	6278000
Bundener Werft	5176000	Humboldtwerke	6722000
Ang. Köhne	5284000	Lugsburg-Nürnberg	6984000

Der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gebot beträgt demnach nahezu 3 Millionen Mark. Dabei waren, wie dem Berliner Tagblatt mitgeteilt wird, die Bedingungen bis in die Einzelheiten genau ausgearbeitet, so daß jede der zur Teilnahme aufgeforderten Firmen in der Lage war, genau zu kalkulieren. Bei diesen großen Differenzen in den Forderungen ist daher an Kalkulationsfehler kaum zu glauben, man wird eher der Annahme zuneigen müssen, daß bei Streichung der Offerten ein Zusammenhang der beteiligten Betriebe bestand. — Eine Fusion wird demnach in der Hamburger Werftindustrie vollzogen werden. Die Werft- und Dockanlagen der Firma Heinrich Brandenburg gehen in den Besitz der Reichsriegel-Schiffswerk und Maschinenfabrik über. Die Werft Brandenburg ist hauptsächlich Rüstwerkzeugfabrik.

Zu den Maschinenfabriken, die bei den allgemein günstigen Verhältnissen des letzten Jahres ihre Dividenden herabsetzten, gehört die A. G. von Oskar Schimmel & Co. in Chemnitz, die nach Abschreibungen von 88 000 Mark gegen 75 000 Mark im Vorjahre einen Ueberschuß von 186 427 Mark gegen den vorjährigen von 198 748 Mark ausweist. An dem Gewinn partizipiert diesmal ein Aktienkapital von 2 Millionen Mark gegen 1,6 Millionen Mark im Vorjahre, die Dividende erhöht dadurch eine Ermäßigung von 10 auf 7 1/2 Prozent. Ueber die Gründe dieses Ertragsrückganges erklärt die Verwaltung in dem Geschäftsbericht: „Am 24. August wurde unser Werk von einem größeren Schadenfeuer betroffen, das infolge der Trockenheit des Sommers unsere gesamten Holzvorräte und Lagerstapeln völlig, sowie das Älteste und bedeutendste der Hauptgebäude zum größten Teil zerstörte, was uns insofern besonders empfindlich traf, als damit Einzelabteilungen unserer Fabrikation völlig vernichtet wurden. ... Wenn wir auch in den beschränkten Verhältnissen weniger rationell zu arbeiten vermochten, sind wir doch zu einem annehmbaren Ertragsresultat gekommen. Wir hoffen mit Rücksicht auf die vorliegende Beschäftigung und die Anerkennung, deren sich unsere Maschinen erfreuen, auch im laufenden Geschäftsjahre ein befriedigendes Ertragsresultat zu erzielen.“

Die A. G. J. A. Johnson in Erfurt-Ilversgehofen, deren Dividendenermäßigung von 10 auf 5 Prozent wir schon verzeichneten, begründet den starken Rückgang der Dividende mit einer Lohnbewegung und einem längeren Streik, während gleichfalls der Lohn-, Unkosten- und Materialaufwand gestiegen sei. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre wird als befriedigend bezeichnet, der Umsatz sei gegen die gleiche Periode des Vorjahres um 20 Prozent gestiegen. — Zu einer Erhöhung ihrer Dividende von 7 auf 9 Prozent schreitet die Maschinenfabrik Wöhrle & Schneiders in Magdeburg, A.-G. in Seidenau bei Dresden. Der Reingewinn stieg von 320 009 Mark auf 469 559 Mark. Im Bericht wird unter anderem bemerkt, daß das Unternehmen in allen Maschinentypen so stark beschäftigt war, daß wegen der vielfach gestellten kurzen Lieferzeiten eine große Anzahl von Aufträgen ausgefallen werden mußte. Deshalb wurde eine Betriebsvermehrung vorgenommen und bisher rund 200 000 Mark hierfür aufgewendet. Wegen der Metallarbeiterausweitung mußte der Betrieb im Herbst drei Wochen ruhen. Auch im neuen Geschäftsjahr ist die Beschäftigung gut. Da auch der Auftragsbestand erheblich höher ist, darf ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden.

Eine Dividende von 17 gegen 15 Prozent verteilt die A. G. Emil Busch, Optische Industrie in Rathenow, deren Ueberschuß von 731 298 Mark im Vorjahre auf 842 684 Mark gestiegen ist. „Der lebhafteste Geschäftsgang“, führt die Verwaltung im Geschäftsbericht aus, „über den wir im vorigen Jahre berichten konnten, hat auch in dem abgelaufenen Geschäftsjahre angehalten, so daß wir wiederum ein recht gutes Ergebnis zu verzeichnen haben. Die von uns vorgenommenen Erweiterungen unseres Betriebes haben sich durchaus bewährt. Zur Ausdehnung einiger Fabrikationszweige haben wir uns gezwungen, wiederum einen größeren Neubau aufzuführen, der in der vorliegenden Bilanz verzeichnet ist und aus laufenden Mitteln bezahlt wurde.“

Eine Dividende von 9 Prozent gelangt bei den Lüben-scheider Metallwerken zur Verteilung, die im Vorjahre gleichfalls 9 Prozent und für das Jahr 1909/10 eine Dividende von 8 Prozent verteilten. Das Werk ist nach Mittelteilung der Verwaltung in allen Betrieben stark beschäftigt, auch die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden als durchaus befriedigend bezeichnet.

Die drohende Entvölkerung des Deutschen Reiches.

(Schluß.)
Politiker, Volkswirtschaftler und Staatsmänner grübeln nun darüber nach, worin wohl die Ursachen der Geburtenverminderung zu suchen sein dürften und mit welchen Mitteln der drohenden Entvölkerung des Deutschen Reiches begegnet werden könne. Ihre Vorgehensgründe sind vorwiegend nationalitätlicher, um nicht zu sagen chauvinistischer Art. Das „mächtige Deutsche Reich“, das mit Säbelgrasfelle der Welt zu imponieren und dem Kapitalismus neue Ausbeutungsgebiete zu erschließen sucht, würde an Ansehen und Bedeutung einbüßen müssen, wenn das deutsche Volk nicht wenigstens in der Lage wäre, sich in seiner jetzigen Stärke zu erhalten. Vor allem muß für den nötigen Nachwuchs des Militarismus gesorgt werden. Von den obersten Schichten des Volkes, die an der Erhaltung und Stärkung der Heeresmacht in erster Linie interessiert sind, ist nach dieser Richtung nicht viel zu erwarten, denn erstens sind diese Schichten nicht so zahlreich, daß sie selbst bei den größten Verlusten einen nennenswerten Einfluß zugunsten einer allgemeinen Volksvermehrung ausüben vermöchten, zweitens ist gerade in diesen Kreisen die Fruchtbarkeit aus natürlichen und künstlichen Ursachen am meisten beschränkt. Man ist folglich bei der Erhaltung und Vermehrung des gewaltig angewachsenen deutschen Volkes auf die breiten Massen angewiesen. In diesen Massen aber nimmt die Begeisterung für die Macht und Herrlichkeit des Deutschen Reiches, die sich in der großen Zahl der Geschwader und Armeekorps äußert, immer mehr ab. Rücksichten dieser Art werden also wohl nicht zu einer Steigerung der Geburten führen.
Indessen haben auch die Massen der Arbeiterschaft ein Interesse an der Erhaltung der Stellung, die das deutsche Volk in kultureller Hinsicht heute in der Welt einnimmt. Mehr noch: die organisierte Arbeiterschaft kann nur wünschen, daß diese Stellung gehoben werde, nur soll das nicht geschehen auf dem Wege der Verstärkung der Waffenrüstung und der Bedrohung anderer Völker, sondern durch Förderung der Kultur, Befestigung sozialer und politischer Unge- rechtigkeiten, durch Pflege der Humanität, Hebung des geistigen und

förperlichen Wohlergehens, der Volksgesamtheit, in erster Linie der Arbeiterklasse, die die Trägerin der modernen Kultur ist.

Von der Bewirklichung dieser Bestrebungen hängt zugleich weitgehend die Lösung des Bevölkerungsproblems ab, das ein Stück der sozialen Frage bildet. Es gibt zwar große Leuchten des politischen Lebens, die anderer Meinung sind. Im bayerischen Landtag machte sich kürzlich der Minister des Innern das Argument der hinterwäldlerischen Zentrumsgruppe zu eigen, daß die zunehmende Gottlosigkeit den Geburtenrückgang verschulde. Man weiß nicht recht, wie man das verstehen soll. Meint die bayerische Regierung etwa, daß der Fruchtbarkeit mit der unbestimmten Empfängnis nachgeholfen werden könnte, wenn mehr Gottvertrauen herrschen würde? Ein wenig scheint uns den wahren Ursachen des Geburtenrückgangs das Blatt des deutschen Reichsanalers, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, gefolgt zu sein, wenn es feststellt, das Problem sei in erster Linie sozialer, nicht physiologischer Art. In eine Erschöpfung der Kräfte zu denken, liegt kein Anlaß vor. Das dürfte richtig sein. Auch trifft es in gewissem Grade zu, wenn weiter auf die geschichtliche Erfahrung hingewiesen wird, daß die höhere Zivilisation und Kultur den Rang des Individuums zu selbständiger und möglichst unbegrenzter Entfaltung, und zwar häufig auf Kosten der Fortpflanzung steigert. Doch gilt das doch wieder nur für den kleinen Teil des Volkes, der der höheren Zivilisation und Kultur teilhaftig wird. In diesen Kreisen herrscht allerdings das Streben vor, die Kinderzahl zu vermindern, schon um das vorzeitige Altern der eleganten Dame zu verhindern, um sie nicht durch die Last des Kindergebärens und -Erziehens dem Genuß und Vergnügen zu entziehen, um nicht die Last der Erben zu groß werden zu lassen, was zur Zerspaltung des Vermögens führen würde. Dazu kommt, daß die reiche Frau durch den Mangel an körperlicher Bewegung schwächlich wird, daß der Ueberfluß an Mitteln maßlose Genußsucht im Gefolge hat, durch welche die Fruchtbarkeit mehr beeinträchtigt wird als die der schwer arbeitenden Bauersfrau. Adon Smith hat bereits festgestellt: Ein halbberühmter Weib in den Hochlanden gebärt oft mehr als 20 Kinder, während eine überfeinerte, vornehme Dame oft unfähig ist, auch nur eines zu gebären und in der Regel durch zwei oder drei Geburten erschöpft wird. An der Erhaltung der Rassen sind also die Volksschichten, die sich als die allein echt „nationalen“ aufspielen, am schwächsten beteiligt. Von entscheidendem Einfluß auf die Bevölkerungsfrage sind jedoch diese auf eine kleine Minderheit sich beschränken Erscheinungen nicht.

Das Bevölkerungsproblem ist ein Massenproblem. Die Lebensverhältnisse der breiten Volksmassen sind der regulierende Faktor in der Bevölkerungsbewegung. Mit dem Geburtenrückgang läuft seit einigen Jahren ein Rückgang der Eheschließungen parallel. Nicht nur ein relatives, sondern ein absolutes. Im Jahre 1907 wurden 608 946, im Jahre 1909: 494 127 Ehen geschlossen. Während im Jahre 1906 von je 1000 Einwohnern: beiden Geschlechtern 16,6 die Ehe schloffen, sank das Verhältnis im Jahre 1910 auf 15,7. Naturgemäß bringt eine Verminderung der Eheschließungen eine Verminderung der Geburten mit sich. Die Ursachen, die dem Rückgang der Eheschließungen zugrunde liegen, sind dieselben, die zur Kinderbeschränkung innerhalb geschlossener Ehen führen. Die norddeutsche Allgemeine Zeitung hat sie angehaucht mit dem Hinweis auf die zunehmende Komplexität und Unsicherheit des Lebens. Sie hätte sich auch heutzutage ausdrücken und sagen dürfen: Die Luzzung der Lebensmittel, der Wohnungsverhältnisse, die Enge der Wohnungen, der Steuerdruck, die geringe Bewertung des einfachen Arbeiters im öffentlichen Leben, die Schmäherleien des sozialen Aufstiegs — das sind die Ursachen des Geburtenrückgangs. Ein mehligkeitiger Sachverständiger, der von der deutschen Regierung zu den Verhandlungen über eine der Erleichterung der Ursachen des Geburtenrückgangs dienenden Enquete zugezogen wurde, Obermedizinalrat a. D. Pflüger, hat ohne Scheu den Finger in die Wunde gelegt und die „im Interesse der unermesslichen und geldgierigen Agitateure des Lebens getriebene Ehehegung“ für den Geburtenrückgang verantwortlich gemacht. Dr. Pflüger fordert als erstes Mittel gegen die gemollte Kinderverminderung die Herabsetzung der Höhe auf die wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensartikel und Verbrauchsgüterstände, ferner eine Verringerung der agrarischen Erzeugnisse.

Wir haben noch weitere Maßnahmen zur Abhilfe zu geben. Neben dem notwendigen Ausbau des Wohnungswesens und Sänglingswesens ist ein besserer Arbeiterinnenchutz zu fordern. Seit zwei Jahren haben wir es glücklich in Deutschland zum gesetzlichen Beschäftigungstag für erwachsene Arbeiterinnen gebracht, der aber noch vielfach durch Ausnahmestilllegungen durchlöcherig wird. Der Beschäftigungstag ist für weibliche Personen noch zu lang, geschweige für Frauen, für die die Fabrikarbeit meistens nicht einen Ertrag für die Hausarbeit, sondern eine Vertreibung der Arbeitskraft bedeutet. Die Überanstrengung, der Spindelstunde verheirateter Fabrikarbeiterinnen, ist bei ungenügender Ernährung, unterworfen, vermindert die Fruchtbarkeit der Frau und verzögert den Mutus, verleiht zu bleiben von zu großem Nutzen. Im letzten Jahresbericht der württembergischen Gewerkschaften wurde die Erleichterung eines größeren Unternehmers mitgeteilt, daß die höchste

normale Leistungsfähigkeit des erwachsenen Arbeiters bei circa achtstündiger Arbeitszeit erreicht werde. Um wie viel mehr muß das für Frauen zutreffen, die vor beginnender und nach beendeter Fabrikarbeit noch ihre Haushaltung zu besorgen haben. Darum: Gesetzlicher Achtstundentag! Scharfe Bekämpfung aller gesundheitswidrigen Einflüsse der Fabrikarbeit! Verbilligung der Lebenshaltung! Ordentliche Wohnungsreform, damit der Arbeitmann und die Arbeitsfrau sich wohlfühlen in ihrem Heim und die Gesundheit der heranwachsenden Kinder nicht gefährdet wird! Schulreform, die es dem Armen ermöglicht, begabten Kindern den Vortritt vor unbegabten Kindern reicher Eltern beim Aufstieg zu höheren Lehranstalten zu sichern! Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel! Vor allem aber politische Gleichberechtigung, damit die Arbeiterklasse mit Hilfe der Gesetzgebung die öffentlichen Einrichtungen so gestalten kann, wie es die Pflege des Gesamtvolkes erfordert!

Das sind die Wege, die beschritten werden müssen, um die aufstrebenden Schichten des Volkes mit neuem Mut und neuer Hoffnung zu erfüllen. Sind die herrschenden Schichten bereit, diese Richtung mit uns einzuschlagen, so braucht ihnen vor einer Entvölkerung des deutschen Reiches nicht bange zu sein. Aber es ist keine Frage mehr, daß die ziongebenden Kreise der bestehenden Klasse trotz ihrer Sorge um die Nachstellung des Reiches für unsere Vorschläge nicht zu gewinnen sind. Deshalb gilt es zu erkämpfen, was die Vaterpatrioten dem Volke verweigern.

Metallarbeiterverhältnisse in Preußen.

II.

In dem am Schlusse des ersten Artikels besprochene Kapitel der „Jugendlichen“ gehören auch die Lehrlinge, über deren Verhältnisse wieder mancherlei orientierende Mitteilungen gemacht werden, an denen wir im Zeitalter der Jugendbewegung nicht achtlos vorbeigehen wollen. So beschäftigte eine Maschinenfabrik im Bezirk Königsberg ihre unter 16 Jahre alten Lehrlinge zu 20 Stunden täglich, und für diese große Gesetzesverletzung erhielt der gewissenlose Ausbeuter eine „Buße“ von 15 M — eine Buße, die eine Ermunterungsprämie ist zur dreifachen Wiederholung und Fortsetzung der geschwürigen Ausbeutung der ohnehin billigen Arbeitskräfte. Man erhebt daraus wieder einmal den großen Unterschied zwischen dem Schicksal des lebenden Menschen und dem der toten Sache. Nimm jemand einen fremden Gegenstand im Werte von auch nur 1 M, so ist es Diebstahl und der „Dieb“ kann gewärtigen, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt zu werden, wenn es sich nicht etwa um eine demittelt Verurteilung handelt, die dann überhaupt nicht angeklagt oder aber, wenn es der Fall, wegen „Reptomanie“ freigesprochen wird; eine Krankheit, die nur bei reichen Leuten vorkommt und jenseits immer nur im Gerichtssaal entdekt wird. Arme Leute sind immer Diebe, wenn sie sich am dreimal behelligen Privatbesitz vergräben; Kapitalisten aber sind keine Diebe, wenn sie Lehrlinge ihre Arbeitskraft und ihre freie Zeit abhehlen. Niemand rät die von Diebstahl, und diese reichen Diebe kommen nicht auch ins Gefängnis, sondern erhalten nur ein paar Mark als „Buße“, die sie vielleicht schon zweigmal aus der wertvollsten Arbeitskraft als „ungeheurer“ Profit kassieren. So verschleichen sich die staatliche Schutz des toten Privatbesitzes und der lebendigen menschlichen Arbeitskraft.

Im gleichen Königsberger Ausschichtsbezirk erhielten die Betriebsleiter von zwei Maschinenfabriken wegen Nichtgewährung der gesetzlichen Arbeitspausen ebenfalls Bußen von je 15 M.

Im Posener Bezirk ist der Meister einer kleinen Maschinenfabrik in der sechs Lehrlinge Monate hindurch täglich zwölf Stunden zu zehn Stunden beschäftigt wurden, zu 40 M Geldstrafe verurteilt worden. Wie vielmal 40 M hat wohl der unrechtmäßige Profit betragen, den der Maschinenfabrikant aus der monatlichen Gesetzesübertretung gezogen hat? Natürlich, da dürfen die ausgebeuteten Arbeiter rufen: Mehr Schutz den Arbeitern und besonders den Lehrlingen! Dieser Ruf kann mit ganz andern Rechten erhoben werden als der kapitalistischen Geschäftsmann nach vermehrtem Schutz für die Strafbrecher.

In einigen Schloffereten und Inpallationsgeochäften des Anhaltsbezirks Osnabrück-Muritz mußte die große Lehrlingszahl gerügt werden. Der Inhaber einer Wollfabrik wurde wegen Nichtanhaltens der Lehrlinge zum Besuche der Fortbildungsschule zu 10 M Geldstrafe verurteilt.

Im Doppelner Bezirk war dem Besitzer einer Schlofferet durch eine polizeiliche Verfügung aufgegeben worden, die Zahl seiner Gehilfen so zu besetzen, daß höchstens je zwei Lehrlinge unter der Aufsicht eines Gehilfen arbeiten. Da er dieser Verpflichtung nicht nachkam, wurde er mit einer Geldstrafe von 10 M bestraft. Ob mit der Vermehrung der Zahl der Gehilfen die Polizei nicht etwas unangenehm veranlaßt? Das umgekehrte Begehren, die Anpaffung der Zahl der Lehrlinge an die der Gehilfen, wäre wohl zweckmäßiger gewesen.

Arbeitsabwägung zur Maschinenarbeit auszubilden gesucht. Ein Kampf des Arbeiters mit der Maschine findet ebenfalls statt. Die Produktion wird zu mehrwertigen gesucht, um mehrere Arbeiter entbehren zu können und dafür billige Arbeitskräfte zu verwenden. Und dann... Die Arbeiter als Qualitätsarbeiter sind ja überall ein begehrtes Gut. Die Arbeiter, ist es zu hochgelagert, und die Gefahr einer Fortbewegung hat gerade in den letzten Zeiten auch für den Unternehmer mancherlei Sorgenstunden bereitet. Die Maschine im Gewerbetriebe hängt schon an bei der Aufberechtigung. Die verschiedensten Konstruktionen haben sich bis zur automatischen Sonderberechtigungsmaschine verfeinert. Der geordnete, in einem Rhythmus genügt, zerkleinerte und gefiederte neue Sand und der in einem Kolbenberg zerfallene und gepulverte alte Sand werden in einem Rhythmus, beide Sorten werden durchsamt, angeordnet und mit Kopfen durchgehrt und dann einer Schlangensäge zugeführt. Als Endprodukt wird fertiggestellter Sand geliefert.

Das die Formmaschine. Die Formmaschinenfrage ist ja gerade in den letzten Jahren für den wäher beteiligten Gewerkschaftenproletariat ein Problem geworden. Die Formmaschine ist aus der Anwendung der Modellplatten hervorgegangen, das heißt von Platten, auf die eine größere Zahl von Modellen aufgesetzt wird, um sie mit einem Handdruck gemeinsam auszugeben. Dieses Abgeben liegt schon mechanisch bedingt, indem auf irgend eine Art entweder die Modellplatte selbst in Vorwärtsschritten nach unten oder der Formlocher nach oben bewegt wird. So entstand die Formmaschine. Im letzten Jahre wurde die Formmaschine als ein wichtiges Stück der Maschinenbauindustrie in Preußen, ferner durch die Maschinenbauindustrie.

Diese Maschinenbauindustrie ist die Formmaschinenfrage und die Formmaschinenfrage für Sonderwerke an (Zapfen, Räder, Rollen und dergleichen Formmaschinen, Eisenrollen, Rohr, Jahnrad, Schindenschneidemaschinen). Eine besondere Aufmerksamkeit muß jetzt aber den Formmaschinen, die den Formlocher nicht durch Stempel, sondern durch Matrizen verformen, die Matrizenformmaschine.

Eine Maschinenbauanstalt im Bromberger Bezirk beschäftigte auf 40 Arbeiter 16 Lehrlinge und der Bericht bemerkt dazu, daß derartige Zahlenverhältnisse zwischen Gehilfen und Lehrlingen gerade in kleinen Betrieben der Maschinenindustrie nicht selten sind. Im Zusammenhang damit konstatiert aber der Bericht auch gleichzeitig, daß einige Meister und Väter von Maschinenfabriken für die gute Ausbildung ihrer Lehrlinge „ganz hervorragend“ sorgen, indem sie persönlich den Lehrgang leiten und überwachen.

Von sehr bedenklichen Zuständen wird aus dem Wiesbadener Bezirk berichtet. Da hatte eine Frankfurter Maschinenfabrik in einem D a c h r a u m des vierten Geschosses, der nur durch eine Holzleiter erreichbar war, eine „A e h r w e r k s t a t t e“ mit einem Meister und 20 Lehrlingen eingerichtet, wogegen der Fabrikinspektor eingeschritten ist.

In den Bezirken Gumbinnen und Allenstein mußte in einer Maschinenfabrik wegen des s t r i c t e n S c h i a f r a u m e s und seiner Einrichtung interveniert werden.

In einigen Bezirken werden auch Mitteilungen über die Lohnverhältnisse der Jugendlichen und Lehrlinge gemacht. So fangen im Köllner Bezirk ungelernete jugendliche Arbeiter bei normaler Begabung in Fabriken mit 12 bis 15 M für die Stunde an und kommen nach ungefähr drei Jahren — also etwa 17 Jahre alt — auf einen Tagesverdienst von 1,50 bis 2,25 M; sie erreichen also in frühem Alter etwa die Hälfte des Durchschnittsverdienstes der älteren ungelerneten Arbeiter. Es ist nicht recht ersichtlich, was diese „Feststellung“ bedeuten soll. Anscheinend soll damit konstatiert werden, daß 17jährige Arbeiter, die nach der Gewerbeordnung zu den erwachsenen Arbeitern gehören, mit 2,25 M einen hohen Tageslohn erhalten. Nun ergibt ein solcher einen Wochenlohn von 13,50 M. Wenn der junge Arbeiter auf sich selber angewiesen ist, was nicht selten vorkommt, wie soll er mit diesen paar Mark leben und alle seine Bedürfnisse bestreiten? Und ist er noch bei den Eltern, so müssen diese zusehen, um ihn mit durchzubringen.

Der Bericht führt dann allerdings weiter aus, daß die Jugendlichen bei Akkordarbeiten „sehr bald“ bis auf die Höhe des vollen Verdienstes älterer Arbeiter kommen können, „doch hängt das vornehmlich von ihren Fähigkeiten und Leistungen ab“.

Lehrlinge in Metallwaren- und Maschinenfabriken erhalten durchschnittlich im ersten Jahre etwa 5 bis 7 M für die Stunde, im zweiten etwa 8 bis 9 M und im dritten 9 bis 12 M. Nach Beendigung der Lehrzeit erreichen auch sie bei Fähigkeit und Fleiß sehr bald wesentlich höhere Löhne. So kommen zum Beispiel die ausgeleiteten Malerlehrlinge eines Smallierwerkes bei Akkordarbeit im Durchschnitt mit 17 1/2 Jahren auf 8 bis 4 M Tagesverdienst, während ältere geübte Maler dort 5 bis 7,50 M täglich verdienen. In einer Maschinenfabrik, in der nur nach Zeitlohn gerechnet wird, kommen die ausgeleiteten jungen Leute bald auf etwa 80 bis 40 M Stundenlohn, während der Durchschnittslohn der älteren Arbeiter sich auf 50 M (was natürlich viel zu wenig ist. D. Red.) beläuft. In einem Stahl- und Hammerwerk, in dem vornehmlich zu dreien gearbeitet wird, erhalten die Lehrlinge ein Gehalt, die Gehilfen ein Drittel des mit dem Meister verbundenen Lohnes.

Eine Fabrik zur Herstellung von Drahtseilbahnen gewährt ihren Lehrlingen einen Tageslohn, der im ersten Jahre 60 M, im zweiten 80 M und im dritten 110 M beträgt. Hierzu tritt, wenn die Lehrlinge vollständig ausgebildet sind, eine Prämie in Höhe von ein Viertel des während der Lehrzeit gezahlten Gesamtlohnes, trägt diese Prämie auch nicht den rechtlichen Charakter eines Lohnes, sondern mehr den einer Belohnung, so bedeutet sie doch eine wesentliche Einkommenverbesserung für den vertragstreuen Lehrling. Dieselbe Einrichtung findet sich in einer Werkzeugmaschinenfabrik, in der den Lehrlingen ein Tageslohn von 50 M im ersten Jahre, von 60 M im zweiten Jahre, von 85 M im dritten und von 1 M im vierten Jahre gezahlt und außerdem für den Fall der vollständigen Ausbildung der Lehrlinge eine Prämie gutgeschrieben wird, die für den Tag im ersten Jahre 10 M, im zweiten und dritten je 15 M und im vierten 20 M beträgt. Dieses Prämienystem scheint auch in anderen Betrieben Anklang zu finden; wenigstens äußerten verschiedene Fabrikanten die Absicht, etwas Ähnliches für ihre Lehrlinge einzuführen. Andere Regelungen der Löhne von Lehrlingen sind aus einer Druckwalzenfabrik und aus einer großen Maschinenfabrik bekannt geworden. In der Druckwalzenfabrik beträgt der Lohn im ersten Jahre 100 M, im zweiten und dritten Jahr je 150 M; er wird in monatlichen Teilbeträgen gezahlt. Die Sicherung des Vertrages geschieht durch eine bei vorzeitiger Auflösung des Lehrverhältnisses durch Verschulden des Lehrlings fällige Vertragsstrafe. Die Maschinenfabrik gewährt einem für jeden Lehrling besonders festzusetzenden Stundenlohn und sucht die Innehaltung des Lehrvertrages dadurch zu sichern, daß sie dem Lehrling, der seine Lehrzeit vorzeitigsmäßig beendet und bis zur Ableistung seiner Dienstpflicht in ihrem Betriebe bleibt, eine Launen die Unterbringung für die Militärdienst in Aussicht stellt. Er muß sich jedoch verpflichten, nach deren Ablauf zur Firma zurückzukehren.“ Das ist ja der reinste lebenslängliche Menschenkauf, eine fertige Sklaverei, gemindert

Arbeiten die neueren Formmaschinen so befruchtend, daß in größerem Umfang von einer Verdrängung der Handarbeit, der hochqualifizierten Arbeit zu reden ist? Es ist sehr schwer, diese Frage präzise zu beantworten. Dazu ist hier noch alles im Werden. Die neueren Konstruktionsformen müssen erst in der Praxis ihre Brauchbarkeit beweisen. Wenn man allerdings die Erbauer selbst fragt, bekommen man Angaben, die im Unternehmertum sehr optimistisch klingen. In der Berliner Gewerkeausstellung hat uns der Konstrukteur einer neuen Formmaschine Zahlen genannt, die nicht zu übersehen sind die Feder stäubt. Der Mann sprach von Refordleistungen der Maschine und nach den uns vorerzählten Umständen hat einer unserer Begleiter als Funktionär in der Berliner Formerbewegung, ausgerichtet, daß sich ein Hilfsarbeiter an der betreffenden neuen Formmaschine für die Bewältigung der geschuldeten Refordleistungen vier Arme und vier Beine zum Abheben der Räder haben müßte. Die Blütenräume der Unternehmer werden wirklich nicht alle in Erfüllung gehen. Es gibt mehrere Gewerkebetriebe, die etwas dachseln für die neueren Formmaschinen angekauft haben und nun beim Ausprobieren entpöcherndes Lehrgeld zahlen müssen. Immerhin wollen wir die Bedeutung der Maschinenformerei nicht unterschätzen.

Sie haben auf der Berliner Gewerkeausstellung Gehilfen gesehen, komplizierte Modelle, blumig, und doch mit einer Präzision geformt, die nach vor wenigen Jahren das unerreichte Ideal des Gewerkschaftsmannes gewesen ist. Dann der verhältnismäßig neue Zweig der Maschinenbauindustrie: der Spritzguß (Frauenarbeit). Aus einer Platte wird die Gleitmasse in die Form gepreßt. Wir haben Federhaken, Teile für Uhrwerke zu Geschwindigkeitsmessern, Maschinenbauteilen etc. gepreßt gesehen in einer Vorkammer, deren Arbeiterinnen, die zur Fertigstellung keine weitere Nacharbeit nötig machte. Die Teile waren gleich fertig zum Einsetzen.

Ein anderes Beispiel der modernen Maschinenwelt hat im letzten Jahre Professor Schöfänger von der Technischen Hochschule Charlottenburg in einem Vortrag des Vereins Deutscher Metallbauingenieure die Charakteristika gegeben, daß der Arbeitsdurchsatz in den letzten sechs Jahren in bezug auf den Gehalt in einer Weise umgewandelt worden ist, wie es bei keinem anderen Arbeitszweig

Technische Rundschau.

Der neue Gewerkeausstellung. — Capric und moderne Maschinen im Gewerkebetrieb. — Der moderne Arbeiter. — Maschinenfrage in der Eisenindustrie. — Das Selbstvermögen. — Patentwesen.

Der neue Gewerkeausstellung hat in Berlin eine Gewerkeausstellung stattfinden lassen. Sie ist wohl durch die Initiative des Bundes der Gewerkschaften entstanden, der zu Anfangen dort seine Tagung hatte. Nebenbei ist es zu der Eröffnung der Ausstellung nicht nur ein Mann, sondern auch ein gewisses Interesse an der Ausstellung zu verzeichnen. Das Schicksal im Gewerkebetrieb während der Ausstellung ist wohl das, daß auf etwas längere Zeit eine Einstellung einer größeren Zahl der während der Ausstellung zu verzeichnenden Bild des industriellen Schaffens im Gewerkebetrieb zu verzeichnen ist. Der neue Gewerkeausstellung hat die Gewerkeausstellungen für die Gewerkeausstellungen im Gewerkebetrieb in der letzten Zeit eine gewisse Bedeutung gewonnen. Die Gewerkeausstellungen sind in der letzten Zeit eine gewisse Bedeutung gewonnen. Die Gewerkeausstellungen sind in der letzten Zeit eine gewisse Bedeutung gewonnen.

Die Gewerkeausstellung ist ebenfalls ein Spezialpreis der technischen Wissenschaft geworden, ein Gebiet, das gewissermaßen ein gewisses Interesse an der Ausstellung zu verzeichnen ist. Das Schicksal im Gewerkebetrieb während der Ausstellung ist wohl das, daß auf etwas längere Zeit eine Einstellung einer größeren Zahl der während der Ausstellung zu verzeichnenden Bild des industriellen Schaffens im Gewerkebetrieb zu verzeichnen ist. Der neue Gewerkeausstellung hat die Gewerkeausstellungen für die Gewerkeausstellungen im Gewerkebetrieb in der letzten Zeit eine gewisse Bedeutung gewonnen.

Der Gewerkeausstellung ist ebenfalls ein Spezialpreis der technischen Wissenschaft geworden, ein Gebiet, das gewissermaßen ein gewisses Interesse an der Ausstellung zu verzeichnen ist. Das Schicksal im Gewerkebetrieb während der Ausstellung ist wohl das, daß auf etwas längere Zeit eine Einstellung einer größeren Zahl der während der Ausstellung zu verzeichnenden Bild des industriellen Schaffens im Gewerkebetrieb zu verzeichnen ist. Der neue Gewerkeausstellung hat die Gewerkeausstellungen für die Gewerkeausstellungen im Gewerkebetrieb in der letzten Zeit eine gewisse Bedeutung gewonnen.

durch „goldene Ketten“. Es wird jedoch nicht berichtet, welchen Erfolg dieses kapitalistische Verslavungssystem bisher hatte. Set dem wie immer, wir möchten jedem Arbeiter zuzufügen, auf ein solches Kaufgeschäft nicht einzutreten und sich seine Menschenvürde und Freizügigkeit zu wahren.

In den Wildauer Werken im Potsdamer Bezirke erhalten die Beibringe ebenfalls „Fleischprämien“, die in vielen Fällen bei vierjähriger Verricht eine Höhe von mehr als 400 bis 500 M. erreichen und freiesleben jungen Leuten den späteren Besuch einer technischen Lehranstalt ermöglichen soll, wovon auch vielfach Gebrauch gemacht wurde.“

Die Art der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter gab Anlaß zu Beanstandungen in verschiedenen Betrieben, so auch in einer Eisengießerei. Zwei Unternehmungen wurde die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Maschinen untersagt, da Schutzbemerkungen gegen Handverletzungen fehlten.

„Börs“ muß es in einem großen Metallwerk im Arnberger Bezirk von den jugendlichen Arbeitern getrieben worden sein, denn der Direktor klagte über „sittliche Verfallungen“ dieser Arbeiter, so daß sie während den Pausen einer strengen Beaufsichtigung unterstellt und unter die älteren Arbeiter, mit denen sie zusammen arbeiteten, verteilt wurden.

Noch toller trieb es allerdings eine Maschinenfabrik, die noch nicht 16 Jahre alte Lehrlinge wiederholt bis 10 Uhr nachts beschäftigte und deren Inhaber deshalb mit 8 M. Geldbuße bestraft wurde. Und in einer Fabrik für Fahrradteile wurden zwei kleine 14jährige Mädchen inmitten erwachsener männlicher Arbeiter an automatische Maschinen beschäftigt. Der Aufsichtsbote mußte ihre Entfernung verlangen, worauf sie in einer anderen Abteilung mit Arbeiterinnen untergebracht und beschäftigt wurden.

Einen ewigen Streitpunkt bildet die Auszahlung des Lohnes der jugendlichen und Kinder an deren Eltern, statt direkt an sie. Ist in der Familie ein gutes Verhältnis da, so können die jungen Leute ruhig den Lohn selbst in Empfang nehmen und sich über dessen Verwendung mit ihren Eltern leicht verständigen. Ist das Verhältnis aber getrübt, so bedeutet das Verfahren die Auszahlung des Lohnes durch Beizehung, denn die jungen Leute laufen dann einfach den Eltern davon und stellen sich auf eigene Füße, worüber denn auch berichtet wird. Die Scherelei ist auch den Unternehmern zuwider und ein Stahlwerk im Mühlbacher Bezirk läßt sich von sämtlichen Eltern ihrer jugendlichen Beschäftigten, daß sie mit der direkten Lohnzahlung an ihre Söhne einverstanden sind.

Auch über solche Fragen kann in der freien Jugendorganisation mit gutem Erfolg diskutiert und die ganze bezügliche Bestimmung der Gewerbeordnung als reif zur endlichen Abschaffung erklärt werden.

München-Glabbacher Wissenschaft.

Auf ihrem siebenten Verbandstag haben sich die „Christlichen Metallarbeiter von einem Gelehrten des München-Glabbacher Volksvereins, Dr. B e u s c h, einen Vortrag über die deutsche Wirtschaftspolitik mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie halten lassen. Wie von einem Zentrumsmann nicht anders zu erwarten war, hat der Redner vor den versammelten Arbeitern das Lob der Industriellen und agrarischen Schutzverbände in allen Tönen gefungen und unbedingte Zustimmung um alle auf der Hand liegenden Schäden des Systems die Notwendigkeit eines unbedingten Festhaltens an der bisherigen Politik betont. Mehr als das: dem „Wirtschaftspolitiker“ sprangen zwei Führer der Christen bei, die Herren W e d e r und G e s e r t s erklärten sich im großen und ganzen mit seinen Ausführungen einverstanden und hatten nur an seiner Verteidigung der Wirtschaftspolitik des Stahlwerksverbandes dieses und jenes auszusprechen. Die anderen schweigten. Da war keiner, der nach den Gründen der enormen Lebensmittelerhöhung fragte, da war auch keiner, der auf den Gedanken gekommen wäre, von dem Referenten eine Auskunft darüber zu verlangen, wie es denn komme, daß gewisse Zweige der Fertigfabrikation unter dem herrschenden System Not leiden und die Konkurrenz mit dem Ausland nicht aufnehmen könnten, ja daß der deutsche Bedarf an gewissen Waren im Ausland gedeckt werden müsse, obwohl die natürlichen Bedingungen für die betriebsfähige Industrie auf deutschem Boden mindestens ebenso günstig seien wie jenseits unserer Grenzen.

So haben die christlichen Metallarbeiter dem Zentrum für alle Eilenden, die es gegen die Arbeiterinteressen begehren wird, wenn in den nächsten Jahren die Frage einer Revision des Zolltarifs zur Debatte steht, im voraus Absolution erteilt.

Wollten wir uns mit Herrn Dr. B e u s c h im einzelnen auseinandersetzen, so hieße das nichts anderes, als noch einmal alle die Gründe vorbringen, mit denen wir vor Annahme des Zolltarifs von 1902 die Zollvereine bekämpft haben. Da die Christen aus den bitteren und schmerzlichen Erfahrungen, die sie im abgelaufenen Jahreszyklus am eigenen Leibe machen mußten, scheinbar nichts gelernt haben, und wie auf so vieles andere auch auf die dem deutschen Proletariat natürliche wirtschaftspolitische Meinung zugunsten der

vom Zentrum vertretenen Interessen verzichtet, wird es uns ja nicht erspart bleiben, auf alle diese grundsätzlichen Fragen immer wieder zurückzukommen. Fürs erste aber sei die Aufmerksamkeit auf einen Spezialgegenstand gelenkt, der wie kaum ein anderer danach angeht, den wissenschaftlichen Wert der Ausführungen des Münchener Labdachers zu beleuchten.

Sehr zu rechten Zeit hat L h e o d o r M e y in den Münchener Volkswirtschaftlichen Studien eine Untersuchung über den „Schiffbau am deutschen Rhein und in den Niederlanden“ erscheinen lassen. Der Verfasser nennt die Schrift einen Beitrag zur Standortfrage und zur Wirtschaftsgeschichte, in Wirklichkeit ist sie viel mehr, ist sie für ein bestimmtes Gebiet die denkbar verständigste Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik.

Um es vorweg zu nehmen: Mey stellt fest, daß trotz des Vorhandenseins günstiger natürlicher Verhältnisse in Deutschland der Schwerpunkt des Rheinschiffbaus in Holland liegt, und daß, zum mindesten was die Schlepplähne angeht, die deutschen Reedereien Schiffe, die aus deutschem Material hergestellt sind, zum größten Teil in Holland beziehen. Dieses Ergebnis ist nicht neu und überraschend. Erst Ende Januar 1911 wurde auf dem Verbandstag Südwestdeutscher Industrieller in Mannheim mitgeteilt, daß bis 1910 in Holland 2133 eiserne Schiffe im Werte von 60 955 000 M. für deutsche Rechnung gebaut worden seien. Neu sind auch die Gründe nicht, die Mey für diese eigenartige Erscheinung anführt. Auch vor dem künftigen Leser schon oder konnten es uns doch leicht vorstellen, daß es der berühmte „Schutz der nationalen Arbeit“ ist, der den holländischen Schiffbau zum Gunsten des deutschen fördert.

Was der Reichstag Stühle ihren großen Wert gibt, ist die peinliche Sorgfalt, mit der der Verfasser sein Material zusammengetragen hat, und die wissenschaftliche Genauigkeit, mit der er es verarbeitet. Die Tabellenreihe mag hier und da etwas spärlicher ausfallen, aber er fundamementiert mit den Zahlen seine Resultate so sicher, daß auch Leute von höheren Graden als sie den Klappentexten des Volksvereins eignen, sie nicht erschüttern können.

Wir können hier keine Untersuchungen nicht auf allen Wegen nachgehen und halten uns nur an die Ergebnisse. Von diesen ist das grundlegende, daß trotz der guten natürlichen Vorbedingungen für eine blühende Schiffbauindustrie am deutschen Rhein, von den für deutsche Rheintreedereien bestimmten Schlepplähnen nach Bruttoverhältnissen berechnet in den Jahren 1906 bis 1911 zwei Drittel bis drei Viertel in Holland bestellt wurden.

Wo sind die Gründe zu suchen? Es gibt Leute, die mit Erklärungen sehr schnell bei der Hand sind: Holland baut schlechter, hat geringere soziale Lasten und zahlt niedrigere Löhne. Die ersten beiden Behauptungen weist Mey als grundfalsch nach, die letzte ist richtig, aber wie wir sehen werden in anderem Sinne als sie gemeinhin aufgestellt wird.

Kein Beweis liegt vor, daß die holländischen Werften schlechter arbeiten als die deutschen; die größten deutschen Abnehmer stellen ihnen das beste Zeugnis aus. Mit den sozialen Lasten steht es so, daß Holland allerdings keine obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern nur eine Unfallversicherung kennt, daß aber die aus dieser entstehenden Kosten die holländischen Unternehmer im Durchschnitt ebenso hoch belasten, wie die gesamte deutsche Sozialversicherung die deutschen.

Aber die Löhne! In der Tat, die Löhne sind am deutschen Rhein höher als in den Niederlanden, und zwar um ein sehr beträchtliches Stück. Mey hat den tatsächlich ausbezahlten Durchschnittslöhnen an den Rheinen berechnet, wo sich Schiffbauwerften befinden und in Markt folgende Sätze festgesetzt:

In D e u t s c h l a n d: Koblenz 0,33; Köln-Deutz 0,52; Mannheim 0,44. In H o l l a n d: Wäfferdam 0,26; Dordrecht 0,21; Groningen 0,18; Hoogeveen 0,18; Kapelle a. d. Yffel 0,28; Krinpen a. d. Yffel 0,25; Papendrecht 0,26; Rotterdam 0,26; Eindhoven 0,17; Eindhoven 0,22.

Der Durchschnittslohn ist in Mannheim demnach doppelt so hoch als an den meisten niederländischen Plätzen und in Köln sogar dreimal höher als in Eindhoven, Groningen und Hoogeveen.

Da haben wir also des Reichs Lösung: die hochgepannten Ansprüche der deutschen Arbeiter sind es, die die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen, genau so wie es das organisierte Scharfmachertum immer wieder behauptet hat. Gemacht auch wenn wir nichts in den Händen hätten als die nackten Lohnzahlen, müßten dem einigemmaßen volkswirtschaftlich Gebildeten Zweifel kommen, ob denn wirklich ein Arbeiter mit so viel geringeren Einkünften ebenso gute und wertvolle Leistungen vor sich bringen könne als der besser entlohnte Kollege. Und in Wirklichkeit können die Lohnzahlen überhaupt gar nicht in Vergleich gestellt werden; das wird klar, sobald wir die Handelspolitik mit in die Rechnung einziehen. Nicht die absolute Lohnhöhe ist für den Arbeiter entscheidend, sondern die Kaufkraft der Summe, die er erhält, und da hat Mey mit außerordentlich viel Fleiß festgestellt, daß der Lohnempfänger im freihändlerischen Holland weit besser dasteht als der deutsche. Das wichtigste: alle Lebensmittel sind in den Nieder-

* F. G. Cotta (Stuttgart und Berlin 1912).

verzeichnet werden kann. „Das Zueinandergreifen der Hebezeuge vom flüssigen Eisen des Konverters bis zur fertigen Ware des Walzwerkes ist so geregelt, daß die Menschenehre nirgends in direkte Berührung mit dem zu befördernden Gute zu kommen braucht. Die Krane reichen sich hier gegenseitig die Hände. Der wirtschaftliche Einfluß ist sehr erheblich.“ Je größer der Gießereibetrieb wird, je moderner seine übergeordnete Maschinenarbeit eingerichtet ist, desto mehr werden auch Hebezeuge bei diesem Arbeitsvorgang in Funktion treten müssen. Die Wirtschaftlichkeit einer Gießereianlage wird nicht unbedeutend von diesen Hilfsmaschinen beeinflusst. Das gilt für den Transport des Formandes zu und von der Aufbereitungsanlage, zu den Maschinen und zu dem Schmelzablaß. Das gilt ferner für den Transport des Roh- und Bruchsteins, der Heizmaterialien und Zusätze auf die hochgelegene Bescheidungsablässe der Kupolöfen und schließlich für die verschiedensten Hilfsleistungen beim Einformen, Gießen und Fortschaffen der Gußstücke.

Ueber das Maschinenproblem im modernen Gießereibetrieb ist in den letzten Wochen ein Handbuch erschienen (Eisen- und Stahlgießerei. Verlag Engelmann, Leipzig 1912). Der Verfasser ist Bernhard O a n n, Professor an der königlichen Bergakademie zu Clausthal. Als Fachschriftsteller auf diesem Spezialgebiet bekannt, sind von Mann und anderen auch Ferienkurse für Gießereifachleute in Clausthal abgehalten worden und es soll daher auch das Buch den Männern der Praxis Rat, Anleitung und Anregung geben. Wegen des teuren Preises (16,50 M. gebunden) ermöglicht sich zwar nicht eine private Anschaffung, sondern nur der Bibliotheksgebrauch. Aber den Bibliotheken unserer größeren Ortsverwaltungen mit dafür besonders interessierter Leitung ist die Anschaffung des Mannschen Wertes sehr zu empfehlen. Es wird auch unsere Vertrauensleute und Verbandsmitglieðerern möglich sein, bei Darstellung dieses vorzüglichen Handbuchs zu folgen. Wir müssen überhaupt in unserm Bibliothekswesen die moderne technische Fachliteratur berücksichtigen, um uns klare Situationsbilder von den technischsten Fortschritten unserer Tage zu schaffen. Wo die Anschaffung dieses Wertes zu teuer ist, wo vielmehr für den Privatgebrauch nach einer kleineren Einführungschrift für diesen Gegenstand gesucht wird, sei das keine Fühllosigkeit: Gießereimaschinen von Emil Treiber (Sammlung Bücher Nr. 548) empfehlen. Ein vorzügliches kleines Werkchen, Schlagwortartig und kurz, die verschiedenen Maschinenarten zu-

sammengestellt und beschrieben, gibt Treiber immerhin eine instruktive Einführung für den, der sich schnell und allgemein orientieren will.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die moderne Betriebsorganisation in der Gießereipraxis. Heute will man den Guß nicht nur billig herstellen, sondern auch eine genaue Uebersicht über den Kalkulationsvorgang erhalten. Es kommt auch hier darauf an, zu kalkulieren, und zwar richtig zu kalkulieren. Je feiner der Betrieb durch Maschinenarbeit, Maschinenwirtschaft und Arbeitsstellung verfeinert wird, desto größer ist damit auch zugleich die Schwierigkeit, den Kalkulationsvorgang in allen Einzelheiten kalkulatorisch zu verfolgen. Die Kalkulationskomplexität liegt ebenfalls hier in der Feststellung der Fabrikationskosten. Jede Kalkulation gliedert sich in drei Posten: in die Feststellung des Rohmaterials, der direkten Arbeitslöhne und der Unkosten. Der Verbrauch des Rohmaterials ist einfach zu berechnen. Die Einheitspreise sind aus den Rechnungen zu ersehen, die verbrauchten Mengen sind abgezogen worden. Ebenso ist die Kotation der direkt gezahlten Arbeitslöhne aus der Zusammenstellung der Lohnzettel erfolgt. Denn das Lohnzettelsystem verdrängt ja auch hier die Lohnbücher, die ausgeschrieben Arbeitszettel man dem Fertigtage der Arbeit durch das Lohnbüro in das Kalkulationsbüro, in die Kalkulationskartothek. Aber die Feststellung der Unkosten! Hier entstehen ebenfalls für den Gießereitechniker zahlreiche Streitfragen, die in einigen Spezialbüchern und in Abhandlungen in Stahl und Eisen diskutiert wurden. Soll jede Schaufel Form, jeder Kernaegel, jeder Handgriff eines Hilfsarbeiters mit besonderen Unkostenzuschlägen in Ansatz gebracht werden, oder muß man diese Ausgaben mehr oder minder zusammenfassen? Wie oder sollen diese Werte eingeleitet werden? Soll man sie auf die Tonne Gußware oder auf den verausgabten Formereifen oder auf den Selbstkostenwert einer Tonne Gußwaren oder auch auf das Stück beziehen? Diese Fragen lassen sich ohne weiteres nicht beantworten. Es kommt hier ebenfalls darauf an, die Eigenheiten der Betriebsstruktur einer jeden Gießereianlage zu studieren und danach das entsprechende Kalkulationsgerüst zu entwerfen. Bei Verhandlungen über Lohnfragen wird vom Unternehmer immer den Arbeitern erklärt, daß die Verbesserung der Löhne die Wettbewerbsfähigkeit der Firma auf dem Markt in Frage stelle. Arbeitnehmerbedingung bedinge wiederum Erhöhung des Verkaufspreises und

landen bedeutend billiger als im deutschen Rheinland. Beispielweise kostet

1/2 Kilogr. Roggenbrot in Groningen	6 3/4	in Koblenz	19 3/4
1/2 „ Weizenbrot „ Papendrecht	7 3/4	„ „	17 3/4
1/2 „ „ „ „ „ „	67 3/4	„ „	108 3/4
1/2 „ Schweinefleisch „	59 3/4	„ „	100 3/4

Wenn man nach den Berechnungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes den Durchschnittsverbrauch einiger Lebensmittel für eine Durchschnittsfamilie auf Holland überträgt und mit den deutschen Verhältnissen vergleicht, so ergibt sich in Koblenz eine Jahresausgabe von 467,28 M., in Hoogeveen eine von 304,73 M.

Alles in allem: Nach Mey's Untersuchungen braucht der niederländische Arbeiter für die gleiche Nahrungsmenge zwei Drittel dessen zu zahlen, was der rheinische zahlen muß. Die Nahrungslosten nehmen im niederen Etat des Niederländers einen kleineren Prozentsatz ein als im höheren des deutschen Rheinländers. So wirken Schutzzölle auf der deutschen und Freihandel oder kleine Zinnsätze auf der holländischen Seite.

Der holländische Arbeiter aber hat nicht nur billigere Nahrung, er hat auch eine weit bessere Wohnung als der deutsche. Außerdem ist seine Frau nur in seltenen Fällen genötigt, Lohnarbeit zu leisten, da ihm meistens noch ein Stück Garten oder Ackerland zur Verfügung steht. Das alles sind Vorbedingungen einer besseren körperlichen Gesundheit der Arbeiterschaft, die der Leistung zugute kommen. Niedriger Lohn und trotzdem dem gesündere Verhältnisse für den Arbeiter, das ist es, was dem holländischen Schiffbau seinen Vorsprung verschafft.

Aber das ist noch nicht alles. Nicht nur die Agrarölner mit ihren hohen Lebensmittelpreisen drängt Deutschland in den Hintergrund, der Zoll, dessen sich die Schwermetallindustrie erfreut, wirkt mit. Zwar geht seit 1906 das Rohmaterial auch für den Stahlschiffbau zollfrei ein. Man sollte also meinen, es müsse in Deutschland mindestens ebenso billig sein wie in Holland. So war es auch etwa zwei Jahre lang. Dann aber gingen 1909 die Preise in die Höhe und übertrafen die holländischen um rund 15 M. pro Tonne. Wie kam das? 1909 wurde vom Stahlwerksverband der Grabblerverband gegründet, und der liefert dank den Subsidien, die ihm gewährt werden, das deutsche Material billiger nach Holland als an den deutschen Verbraucher. Der ihm erwachsene Schaden wird ausgeglichen durch die höheren Preise in Deutschland, vor allen Dingen aber dadurch, daß sich die fertigeren Eisen- und Stahlindustrie an den Preisen der anderen — zollgeschützten — Produkte schadlos hält. Auf diese Weise ist das deutsche Rohmaterial für einen Kahn von 1700 Tonnen Tragfähigkeit 1910 in Holland um rund 4000 M. billiger gewesen als in Deutschland. Nach alledem steht fest: nicht die Sozialpolitik und nicht die Ansprüche der Arbeiterschaft distanzieren den deutschen Schiffbau, sondern die Zoll- und Wirtschaftspolitik.

Es wäre dringend zu wünschen, daß der Verfasser des Buches über den Rhein-Schiffbau Nachfolger fände, die mit ebenso viel Fleiß und ebenso peinlicher Gewissenhaftigkeit für andere Gebiete die Wirkung des Systems studierten, denn seine Witter den schönen Namen des Schutzes der nationalen Arbeit gegeben haben. Zwar dürfen wir nicht hoffen, daß die wissenschaftliche Schweizergarde aus diesen Forschungen irgend welchen Nutzen ziehen würde — die beweist alles, was von ihr verlangt wird —, aber die moderne Arbeiterbewegung bekäme immer mehr Beweismittel dafür in die Hand, daß sie den Kampf gegen den Zollhauch nicht nur im Interesse der arbeitenden Klassen, sondern in dem der deutschen Volkswirtschaft führt. Rud. Breitfeld.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den galbanischen Anstalten.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den galbanischen Anstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind bisher noch nirgends Gegenstand gründlicher Untersuchungen gewesen. Und doch sind vielleicht in keinem Berufe der Metallindustrie die bestehenden Zustände in sanitär-hygienischer Hinsicht wie in bezug auf die Lohnverhältnisse so der Besserung bedürftig, wie gerade hier. Es sei auch gleich, obwohl keine bestimmten Zahlen vorhanden sind, hervorgehoben, daß das Organisationsverhältnis in diesem Berufe im ganzen deutschen Reich als ein verhältnismäßig sehr schlechtes bezeichnet werden muß, was auch mit großer Deutlichkeit in den Arbeitsbedingungen dieser Branche zum Ausdruck kommt. Wir können uns, da Erhebungen statistischer Art oder irgendwelche soziale Literatur über diesen Berufe nicht vorhanden ist, nur auf das beschränken, was wir aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen. Besonders haben wir die Berliner Verhältnisse im Auge, die gegenüber den anderen Orten schon als verhältnismäßig bezeichnet werden können. Vielleicht tragen diese Ausführungen aber doch dazu bei, daß sich etwas mehr Interesse der Kollegen und Kolleginnen für ihre eigenen Lebensinteressen zeigt, daß sie sich inulger und dauernder ihrer

man set dann nicht mehr in der Lage, mit Erfolg den Konkurrenzkampf weiter zu führen. Daß in Wirklichkeit der an den Arbeitern gezahlte Arbeitslohn einen geringen Kosten im Vergleich zum gesamten Kalkulationspreis ausmacht, dafür bringt Osann in dem bereits zitierten Buch einige Beispiele aus der Praxis. Er stellt die Selbstkostenberechnung einer Eisengießerei auf:

100 Kilogramm gelieferte Gußware:

Preis für flüssiges Eisen	7,- M
Fabrikationslöhne (Formner und Fuher)	1,40
Fabrikationsunkosten	1,50
Abgemeinungskosten	2,-
Anteil an Modellkosten	—,30
Fracht und Fuhrlohn	—,50
Zusammen	12,60 M

Eine andere Aufstellung nennt als Durchschnittsergebnis für alle in Laufe des Jahres gelieferten Gußwaren, bezogen auf 100 Kilogramm, folgende Werte:

Spezielle Löhne	5,25 M
Spezielles Material	9,81
Generelle Löhne	1,29
Generelles Material	—,36
	16,21 M
15 Prozent Generalunkosten	2,43
	18,64 M
10 Prozent Gewinn	1,87
	20,51 M

Die direkt gezahlten Arbeitslöhne sind also für den Preislohn nicht die allein entscheidenden Kosten, sondern neben dem Materialwert kommen dann vor allen Dingen die Unkosten der Fabrikation und Verwaltung in Frage, und den Beitrag in dieser Beziehung sachgemäß auf der Höhe zu halten, hat oft mehr Einfluß auf die Rentabilität, als das „Sparen“ am Arbeitslohn.

R i c h a r d S o l b i t (Berlin).

Organisation anschließen, damit auch in diesem Beruf bald eine Wendung zum Besseren eintritt.

Im Galvanisierberuf hat es, wie in allen anderen Berufen, wenn sie in ihrer Anfangsperiode stehen, auch einmal eine „gute Zeit“ gegeben. Waren die hygienischen Einrichtungen, unter denen der Galvaniseur arbeitete, eher schlechter als heute, so war doch der Lohn, den Verhältnissen der achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entsprechend, höher als heute. So wird uns jungen Kollegen von den älteren berichtet.

Aber der Galvaniseur mußte auch damals noch ein vielseitiger, selbständiger Arbeiter sein, an den die mannigfaltigsten Anforderungen gestellt wurden. Er mußte die galvanischen Bäder selbst an- und aufsetzen, was immerhin eine Menge Erfahrung und Kenntnisse erforderte. Ueberhaupt ist wohl in keinem andern Beruf der Metallindustrie die Verantwortung, die der Einzelne zu tragen hat, so groß, wie bei den Galvanisierern und nirgendwo ist das Gelingen des Arbeitsprozesses so viel willkürlichen Störungen und Einflüssen der verschiedensten Art unterworfen, wie gerade hier.

Bald kam es aber anders mit dem selbständigen Arbeiten der Galvanisiererei. Mehr und mehr wurde das Galvanisierverfahren in die große Industrie eingeführt und heute ist eine größere, moderne Metallwerkstatt ohne eine galvanische Abteilung gar nicht mehr denkbar. Dieses schnelle Eindringen des Galvanisierverfahrens oder der Galvanostegie, wie der rein technische Ausdruck sagt, in die große Industrie drängte selbstverständlich nach einer größeren, technischen Vervollkommnung der bisherigen Arbeitsmethode. Technik und Chemie, die besonders stark in diesem Fache zur Geltung kommen, brachten denn auch die größten Neuerungen und Umwälzungen. Es wurde hier so, wie in der übrigen Großindustrie: eine Erfindung und Entdeckung überstürzte die andere. Während früher, wie wir schon sagten, der Galvaniseur die galvanischen Bäder, die er bei der Arbeit gebraucht, selbst zusammenzusetzen und in Ordnung halten mußte, wozu einige Kenntnisse in der Chemie erforderlich waren — andernfalls mußte er aber über die Art der Wirkung der zu verwendenden Chemikalien im galvanischen Bade klar sein —, ist dies heute zum größten Teil überflüssig. Es haben sich nämlich für die Herstellung der galvanischen Bäder oder der dazu erforderlichen Chemikalien besondere Spezialfirmen gebildet. Die für ein bestimmtes Bad (Silber-, Nickel- oder Messingbad) erforderlichen Chemikalien werden in diesen großen Fabriken unter Anleitung von Chemikern hergestellt, in den bestimmten Größenmengen dann zusammengestellt und auf den Markt gebracht. Ohne Zweifel bedeutet dieses Verfahren einen großen Fortschritt. Die Neuerung wurde anfangs etwas skeptisch aufgenommen, fand aber dann bald, besonders in den größeren Betrieben, Eingang. Und in der Tat ist dadurch auch ein besseres und rationelleres Arbeiten für den Unternehmer möglich. Diese technischen Umwälzungen veränderten auch grundlegend die Stellung des Galvaniseurs, besonders dem Unternehmer gegenüber. Hatte er ehe dem in vieler Hinsicht hochqualifizierte Arbeit zu verrichten, die ihm beim Unternehmer doch noch einige Achtung verschaffte, so ist er heute der gleiche mechanische Arbeiter geworden, wie jeder beliebige Industriearbeiter. Der Galvaniseur bekommt heute das galvanische Bad fix und fertig zum Aufstellen zugeführt. Damit erpaßt der Unternehmer nicht nur manches Nützliche, sondern die rein arbeitstechnische Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird auch enorm erhöht, indem seine ganze Arbeitskraft auf das einseitige mechanische Arbeiten konzentriert wird. Weiter kam der Unternehmer viel freier und willkürlicher dem Arbeiter gegenüberzutreten, da er sich jetzt für seine Arbeit bei jeder Gelegenheit einen Arbeiter in kurzer Zeit ausbilden kann. Leider haben die Kollegen daraus bisher nicht die richtige Konsequenz gezogen, indem sie sich in ihrer Organisation zusammenschließen. Manchem von ihnen steht noch, wenn er den langen Kittel anzieht, der alte „Chemiker“ in den Knochen und die jüngeren Kollegen öffnen zum großen Teil diese Manier gedankenlos nach, trotz der erheblichen Arbeitsbedingungen. Der Unternehmer muß natürlich diese bedauerliche Schwäche der Arbeiter nach Kräften aus, besonders aber bei Strafen.

Die Vervollständigung des Arbeitsprozesses verläuft natürlich in allen Berufen der weiblichen Arbeitskraft Eingang. So auch hier. Erstens, weil diese Arbeitskraft niedriger im Marktpreis steht als die männliche, dann aber auch, weil ihre schärfere und intensivere Bewegungsfähigkeit bei dem einfachen, mechanischen Arbeitsprozeß für den Unternehmer bessere Resultate bringt. Heute haben wir in Berlin große galvanische Betriebe, wo 70 bis 80 Prozent und mehr weibliche Personen vorhanden sind. Die meisten gewöhnlichen Einbringungen der weiblichen Arbeitskraft in den Galvanisierberuf ist es wohl zum größten Teil zuzuschreiben, daß dieser Beruf in jeder Beziehung so weit zurück ist. Die Löhne sind seit mehr als einem Jahrzehnt für die große Masse der in dieser Branche Beschäftigten fast gleichgeblieben. Erst in letzter Zeit ist es in Berlin gelungen, in Betrieben, wo die Kollegen gut organisiert waren, einigermaßen glänzende Fortschritte abzuschließen. Die Löhne der Arbeiterinnen sind im Verhältnis zu ihren Leistungen so niedrig, wie vielleicht in keinem andern Branche. Wochenlöhne von 12 bis 14 M. bei mindestens neunzehnstündiger Arbeitszeit bilden die Regel. Man kann die Niedrigkeit dieser Löhne nur recht begreifen, wenn man weiß, welche unbeschreiblich schlechte, schmutzige Arbeit geleistet werden muß. Es ist daher begreiflich, daß ein fähiger leibhaftiger Arbeiter nicht nur der Arbeiterinnen, sondern auch der Arbeiter in diesem Beruf die Regel ist, auch ein Moment, das das Eindringen der Organisations in diese Branche erschwert. Ebenso wie die Lohnverhältnisse sind die sanitär-hygienischen Einrichtungen der galvanischen Betriebe unzureichend. Darunter leiden die Angehörigen dieses Berufes direkt mehr, als unter den niedrigen Löhnen, da direkt ihre Gesundheit dabei viel schwerer getroffen wird. Leider wird das von den Arbeitern auf so wenig beachtet. Bekanntlich sind die galvanischen Bäder durchweg stark giftig mit Chemikalien, die die verschiedensten Gifte sind; das Nickelbad bildet vielleicht eine kleine Ausnahme. Besonders giftig sind die Messing-, Kupfer- und Eisenbäder. Die Messing- und Kupferbäder sind außerordentlich stark mit Phosphor und Schwefel gesättigt, wodurch sich Blausäure entwickelt. Alle galvanischen Bäder häufen sich an und aus, besonders stark aber am Tage, wenn sie in vollem Betrieb sind. Der Arbeiter muß sie dadurch unterhalten, wenn nicht für genügend frische Ersatzstoffe gesorgt wird, mit allerschweren abstrichenden, giftigen Stoffen angefüllt, die den menschlichen Organismus aufs schwerste schädigen. Ferner befinden sich in einem solchen Raum die verschiedensten flüchtigen, toxischen Gase, die aus Reaktionen verduftet mit Wasser verwehen; auch diese entwickeln einen heftigen, giftigen Dampf. Das schwebende oder die gewöhnlich die sogenannte Selbstzersetzung, die aus Schwefel- und Selenwasser besteht und zum Reinigen der Metallgegenstände gebraucht wird. Die Selbstzersetzung entwickelt zum höchsten die giftigsten Dämpfe und Gase, die besonders heftig und unerträglich werden, wenn ein Metallgegenstand eingetaucht wird. Für die Selbstzersetzung sollen nun ja nach gesetzlicher Vorschrift Abzüge vorhanden sein oder die Selbstzersetzung soll sich in einem besonderen Raum befinden. Es mag aber gesagt werden, daß diese gesetzlichen Vorschriften meistens von den Unternehmern gänzlich mißachtet werden oder aber gar nicht beachtet wird. Da wir keine genaue statistische Angaben haben, ist dies sehr gut möglich. Meistens wird der Unternehmer überhaupt der Selbstzersetzung einen alten, wackrigen Eisenkasten aufhängen, der gar nicht oder doch nur ungenügend die

Dünste abzieht. Damit genügt er dann seiner „gesetzlichen Pflicht“. Für die sich sonst noch entwickelnden giftigen Stoffe aus den Bädern, Rauchen, Weizen etc. ist bisher, soweit wir unterrichtet sind, kein Abzug vorhanden. Hier soll nach der Meinung der Unternehmer das „offene Fenster“ genügen. Freilich wird das „offene Fenster“ genügt, da es sich ja nur um die Arbeiter handelt und vor allem Geld geparkt wird. Aber der Arbeiter, der längere Zeit oder dauernd im galvanischen Betrieb arbeitet, leidet furchtbar darunter, er begenertert dabei. Ein solcher Arbeiter ist sofort zu erkennen an der außerordentlich blassen Gesichtsfarbe und an dem trüben, wässrigen Blick seiner Augen; von wunden Händen und andern ganz zu schweigen.

Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? Das sicherste und wirksamste wird auch für diesen Beruf die Eigenhilfe sein, indem sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrer Organisation zusammenschließen und dann gestützt auf die starke Macht der Organisation dem Unternehmertum ihre Forderungen stellen. Daneben muß aber wegen der sanitär-hygienischen Verhältnisse daheim gearbeitet werden, die Gefährdung für diese ungelieblichen Zustände zu alarmieren. Dazu müßten aber einheitliche, umfangreiche Erhebungen gemacht werden, was in nächster Zeit kaum möglich sein wird. Es ist aber von einer derartigen Aktion auch nur wenig oder nichts zu erwarten, wenn wir uns erinnern, in wie schmählicher Weise man 1907 die Wünsche der Metallarbeiter in den maßgebenden Regierungskreisen behandelte. Das Rezept der Regierung geht in allen Dingen dahin: nicht so viel von dem Schmutz einatmen und dann immer fein säublich den Schnaps genießen. Damit verhöhnt man die Arbeiter nur. Der Fortschritt und die Gesundheit der Arbeiter liegt nur in der eigenen Kraft, in der Organisation der Arbeiter. Darum gilt auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen der galvanischen Betriebe im eigenen Interesse der Ruf: Einmütig in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Franz Petrich.

Der britische Maschinenbauerverband im Jahre 1911.

Die Besserung der Wirtschaftsverhältnisse im letzten Jahre übte einen sehr günstigen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften aus. Die meisten der großen Verbände zeigen nennenswerte Mitgliederzunahmen, während ihre Unterstützungskassen weniger in Anspruch genommen wurden als in der vorhergehenden Krisenperiode.

Die Amalgamated Society of Engineers — der große Maschinenbauerverband — hatte 1911 eine absolut stärkere Mitgliederzunahme als in irgend einem früheren Jahre. Am Jahresbeginn betrug die Mitgliederzahl 110733, am Jahresschluß 121469. Die Zunahme belief sich also auf 10736 oder 9,7 Prozent. Beigetreten sind 16664 Mitglieder, gestorben 1365 (darunter 630 Invalide), ausgetreten 4573; hier sind auch die Inbegriffen, die sich aufnehmen ließen, aber nicht einmal das Beitrittsgehalt zahlten, sowie die, die wegen Vergehen gegen die Satzungen z. B. gestrichen wurden.

Verglichen mit dem Wachstum der großen Verbände im Deutschen Reich ist das der britischen Gewerkschaften gewöhnlich langsam, was auch bei der A. S. E. zutrifft. Sie wurde 1851 durch Verschmelzung mehrerer Organisationen gebildet und hatte damals 11829 Mitglieder, 1861: 22942, 1871: 37790, 1881: 46101, 1891: 67928, 1901: 90943 und 1911: 121469. Von Ende 1901 bis Ende 1911 vermehrte sich die Mitgliederzahl um etwas mehr als ein Drittel (33,6 Prozent), in dem vorausgehenden Jahrzehnt hatte die Zunahme nicht ganz 28 Prozent betragen.

Die Ausbreitung des Verbandes war eine ziemlich befriedigende, denn Mitgliederzunahme fanden nur selten statt, und zwar in den sieben Jahren 1852, 1879, 1887, 1892, 1898, 1908 und 1909. Am größten war der Mitgliederzuwachs 1898 (6330), als nach dem großen Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit viele neu gewonnene Mitglieder wieder abfielen.

Ein Mangel des Berichts der A. S. E. besteht darin, daß er die Berufsgliederung der Mitglieder nicht angibt. Von den 16664 neu beigetretenen Mitgliedern waren 10117 Maschinenbauarbeiter, 3330 Dreher, 2018 Maschinisten, 619 Schmiede, 156 Möbelmacher z. Ferner fehlt eine Angabe der Verteilung der Mitgliederzahl nach Ländern.

Die Zahl der Ortsgruppen des Verbandes war Ende 1911: 763. Viele Ortsgruppen, und besonders die in den Kolonien, sind sehr schwach. Durch Zusammenlegung benachbarter Ortsgruppen könnten zweifellos die Verwaltungskosten vermindert werden.

Die Gesamteinnahmen betrugen 1911: 443030 £ (die Gesamteinnahmen sind in dem Bericht der A. S. E. einmal mit 446342 £ und zweimal mit 443030 £ angegeben. Zur Gesamterrechnung stimmt der letztere Betrag), die Gesamtausgaben 370583 £ und das Vermögen stieg von 598158 £ auf 670605 £. Die Vermögenssteigerung machte 72447 £ aus, gegen 24859 £ im Jahre 1910. Das Vermögen war Ende 1911 noch immer geringer als 1906 und 1907, da den Gehaltsüberprüfungen von 1910 und 1911 Defizite von 136429 £ 1906 und 99902 £ 1909 voranzuziehen.

Von den Einnahmen im Jahre 1911 entfielen auf Beitrittsgebühren 9143 £, gegen 4901 £ 1910, und auf regelmäßige Beiträge, Strafgeldern und Strafgebühren 427429 £, gegen 394649 £ 1910. Höher als 1911 waren die Einnahmen nur 1897 (553368 £), 1898 (450727 £), sowie 1906 (490668 £). Die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Einnahme machte 1911 rund 73 s. aus; sie war geringer als in allen Jahren von 1896 bis 1910, aber höher als von 1851 bis 1894.

Die Ausgaben waren nur 1897, 1898 und 1908 bis 1910 höher als 1911. Auf jedes Mitglied kamen im letzten Jahre Ausgaben von 61 s.; dieser Durchschnittsbetrag wurde schon häufig überschritten, von 1902 bis 1910 nur ausnahmsweise. Die Kosten der Unterweisungen beliefen sich 1911 auf 314709 £, Gehalte und Entschädigungen der Beamten und Funktionäre erforderten 30387 £, die Krankenkontrolle 2469 £, Druckkosten, Schreibmaterialien, Posten z. 8428 £, Reiseausgaben z. 1449 £, Rieten, Steuern, Versicherungen z. 7222 £, Beiträge an die Gewerkschaftszentrale „General Federation of Trade Unions“ 5646 £ und Beiträge an die Arbeiterhochschule „Rankin College“ 272 £.

Die Ausgaben, die in den letzten fünf Jahren für die wichtigsten Unterstützungsarten überhaupt und pro Mitglied gemacht wurden, sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Jahr	Arbeitslosenunterstützung	Strafgebühren	Unterweisungen	Beitrittsgebühren	Steuern
Ausgaben überhaupt (in Pfund Sterling)					
1907	74897	57265	123914	2400	15281
1908	244746	59206	129904	2500	15749
1909	204684	69813	136797	3760	16364
1910	112417	59061	142491	3211	14677
1911	74582	59827	141807	3956	16355
Ausgaben pro Mitglied (Schilling)					
1907	15 1/2	10 1/2	22 1/2	1/2	2 1/4
1908	51 1/2	11	22	1/2	3
1909	38 1/2	11 1/2	25 1/2	1/2	3
1910	20 1/2	10 1/2	25 1/2	1/2	2 1/2
1911	14 1/2	10 1/2	24 1/2	1/2	2 1/2

* Die Straf- und Strafgeldentrichtung wird mit der Arbeitslosenunterstützung zusammengefaßt.

Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 1911 absolut wie relativ viel weniger als von 1908 bis 1910 und — trotz der höheren Mitgliederzahl — noch etwas weniger als 1907. Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung nahmen zum erstenmal etwas ab. Am Jahresschluß betrug die Zahl der Invaliden 5986 oder um 53 weniger als Ende 1910. In den Genuss der Invalidenunterstützung traten 1911: 574 Mitglieder, und zwar mit einem Bezug von 10 s. wöchentlich 290, von 9 s. wöchentlich 185, von 8 s. wöchentlich 60 und von 7 s. wöchentlich 39. Über 70 Jahre alt waren nur 44 der auf den Invalidenstand neu übernommenen Mitglieder; die Zeit der Verbandsangehörigkeit dieser 44 bewegte sich zwischen 41 und 52 Jahren. Die Mitglieder, die vom Verbands mehr als 420 s. Invalidenunterstützung pro Jahr beziehen, haben — wenn sie das 70. Lebensjahr vollendet — nur auf einen verkürzten Betrag der staatlichen Altersunterstützung Anspruch.

Über die wirtschaftlichen Erfolge, die die A. S. E. im Jahre 1911 erzielte, enthält ihr Bericht nur spärliche Angaben. Es wird lediglich gesagt, daß die Organisation von Arbeitskämpfen so ziemlich frei war, obwohl Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen in einer großen Zahl von Bezirken gestellt wurden. Lohnerhöhungen wurden durchgesetzt im Clydebezirk und in Schottland im allgemeinen, in 31 Bezirken Englands, einschließlich der Nordostküste, ferner in jeder Stadt von Wales, sowie in Belfast und im übrigen Irland. Die Lohnerhöhungen bewegten sich zwischen 1 s. und 5 s. in der Woche. Für die bei Submissionsarbeiten der Regierung beschäftigten Mitglieder wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit erlangt. Zusammen mit der Steam Engine Makers' Society (Dampfmaschinenbauervereinigung) und der Marine Engineers' Association wurde eine nationale Bewegung zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der auf Schiffen beschäftigten Schlosser, Mechaniker u. s. w. unternommen, die voraussichtlich zum Abschluß eines Kollektivvertrages mit den Reedern führen wird.

Von dem „nationalen Versicherungsgesetz“ befürchtet Generalsekretär Jones keinerlei Nachteile für den Maschinenbauerverband und für die Gewerkschaften überhaupt. Ob diese Auffassung nicht etwas optimistisch ist, wird die Zukunft lehren. H. F.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 11. August der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. August 1912 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandstatuts genehmigt:

Der Verwaltungsstelle Stargard i. Pomern ab 1. August pro Woche 5 s.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung des 7. Bezirks: Der Schlosser Josef Herbst, geb. am 25. Januar 1884 zu Prag, Buch-Nr. 1.592796, wegen Schädigung der Organisation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Burgkädt: Der Schlosser Karl Voigt, geb. am 31. Mai 1891 zu Hartmannsdorf, Buch-Nr. 1.761039, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reutlingen: Der Former Anton Hausmann, geb. am 16. Dezember 1874 zu Nordlingen, Buch-Nr. 1.633485, wegen unfollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rosenheim: Der Schlosser Erhart Bomschlegl, geb. am 8. Mai 1884 zu Mießbach, Buch-Nr. 1.690384, wegen Unterschlagung.

Für nicht wiederaufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Bezirksleitung des 3. Bezirks: Der Former Billy Männich, geb. am 28. Dez. 1878 zu Dahm, Buch-Nr. 1.521650, wegen Schädigung der Organisation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fürstentwalde: Der Schlosser Georg Berndt, geb. am 6. März 1872 zu Königswalde, Buch-Nr. 1.251162, wegen unfolleg. Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pögen: Der Metallarbeiter Gottlieb Palke, geb. am 14. Nov. 1879 zu Pögen, Buch-Nr. 782998, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Kernmacher Karl Leme, geb. am 10. April 1868 zu Lindow, Buch-Nr. 645626, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Danzig: Der Former Walter Neubauer, geb. am 31. Mai 1885 zu Danzig, Buch-Nr. 1.992087, wegen Schädigung der Verbandsinter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mülhausen i. Elz.: Der Klempner Georg Hammerum, geb. am 21. Nov. 1890 zu Ropenhagen, Buch-Nr. 1.921158, wegen Fälschung in seinem Mitgliedsbuch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Würtler Georg Strübing, geb. am 7. März 1895 zu ?, Buch-Nr. 1.946308, wegen Mißnahme eines der Gewerkschaftsbibliothek gehörenden Buchs.

Alle für den Verbandsvorsitz bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kistestraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Kistestraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Dreherm, Maschinenarbeitern, Schlossern zc. nach Raldbenhausen (Firma G. Köhr) D.; nach Pilsen (Stobawerte) D.; von Elektromotoren nach Schwern; von Federarbeitern nach Hagen (Firma Krämer & Freund) St.; von Feilenbauern und Feilenschleifern nach Chemnitz (Firma Lang) St.; nach Hohenstein-Ernstthal (Firma Brüderer); nach Ralf-Höhenberg bei Köln (Feilenfabrik G. Lang) Rh.

noch einen so schädlichen Einfluss ausüben? Die Zeugen des Angeklagten entgegneten dem Ingenieur, daß sie ihn und den Meister nie überholt auf die defekten Transportkränen aufmerksam gemacht hätten. Es wurde darauf verwiesen, daß der im Hof stehende Kran in einer Verjüngung ist, daß das Arbeiten mit Lebensgefahr verbunden sei. Wenn, so sagten die Zeugen, noch nichts passiert sei, so wäre dieses nur ihrer großen Aufmerksamkeit zu danken. Es wurde dabei ein Fall erwähnt, bei dem ein Arbeiter bald sein Leben hätte lassen müssen. Auch daß man die 50 Prozent für Ueberstunden nicht mehr zahlen wollte und durch Anschlag bekannt gemacht wurde, daß es nur noch 10 % pro Ueberstunde gebe, mußten die Zeugen der Privatkläger ausgeben. Ferner wurde festgestellt, daß man durch Anschlag bekannt gemacht hatte, es müßten die Krankenkassenbeiträge erhöht werden, weil im letzten Jahre 500 M. dem Reservefonds entnommen worden waren. Auf Grund der amtlichen Abrechnung waren die Arbeiter aber in der Lage, den Nachweis zu führen, daß sich ein Ueberchuß von 377 M. ergeben hatte. Infolge des Protestes der Arbeiter wurde damals von einer Beitragsverhöhung Abstand genommen. Genosse Senfner verteidigte sich selbst. Als die Beweisaufnahme geschlossen war, führte er folgendes aus. Es sei ihm gelungen, den vollen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen in allen Punkten zu erbringen. Daß die Löhne bei 10% ständiger Arbeitszeit als keine bezahlten sind, brauche wohl nicht besonders betont zu werden; denn mit einem Lohne von 4,20 M. sei es einem verheirateten Arbeiter unmöglich, sein Leben fristen zu können. Es sei dem Arbeiter nicht möglich, bei diesem Verdienst seinem Körper das an Nahrung zu ersetzen, was an Kraft durch seine Arbeit verloren geht. Daß es keine Ventilation im Betriebe gebe, sei selbst von den Zeugen der Privatkläger hier vor Gericht unter Eid ausgesagt worden. Daß ein Mangel an Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen sei und daß man es mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter nicht ernst genommen habe, sei im vollsten Maße erwiesen worden. Ferner ist festgestellt, daß man die Bezahlung der Ueberstunden von 50 Prozent Zuschlag auf 10 % ermäßigen wollte, daß man die Krankenkassenbeiträge erhöhen wollte u. s. w. Wenn das letztere nicht geschehen sei, so ist dieses dem Protest der dortigen Arbeiter zu verdanken. Die Arbeiterzeitung sei das Publikationsorgan der freien Gewerkschaften. Er, der Angeklagte, habe als Redakteur die Verpflichtung gehabt, den Wünschen dieser Arbeiter Rechnung zu tragen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Kritik zu unterziehen. Würde er dieses als Redakteur nicht tun, könnte man ihn an der Stelle, wo er jetzt stehe, nicht mehr gebrauchen. Die Arbeiterzeitung sei das Organ, in dem die Interessen der Arbeiter vertreten werden, ihm sei es bei der Aufnahme des Artikels darum zu tun gewesen, die Mißstände, die eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter bilden, zu kritisieren und auf Grund der Kritik sie zu beseitigen. Er habe nicht die Absicht gehabt, die Privatkläger zu beleidigen, daß gehe auch schon aus der Form des Artikels hervor, die sachlich gehalten ist, er bitte daher um Freisprechung. Rechtsanwält Hoyerkamp meinte, daß dem Angeklagten der Beschuld, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, möglich ist. Von schlechten Löhnen könne keine Rede sein, der Lohn, der bezahlt werde, sei ein ganz anständiger. Bei einer Feststellung der Löhne in anderen Betrieben würde sich ergeben, daß dort noch schlechtere Löhne bezahlt werden. Ventilationseinrichtungen seien auch vorhanden gewesen, man habe die Türen und von oben die Fenster öffnen können. Daß keine Unfallgefahr bestehe und genügend Schutzvorrichtungen vorhanden sind, sei von einem noch dort beschäftigten Arbeiter und vom Meister Wehr und Ingenieur Stübbrandt festgestellt worden. Nach den Angaben des Ingenieurs habe der Gewerbeinspektor den Betrieb dreimal revidiert und keinerlei Anordnungen getroffen. Und wenn die Gewerbeinspektion nichts finde, dann könne hier von solchen Behauptungen, wie sie der Angeklagte in seinem Artikel aufgestellt habe, keine Rede sein. Es ist das gute Recht der Firma, den Zuschlag für zu hoch bezahlte Ueberstunden zu reduzieren. Es ist wohl durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Ueberstunden nur noch mit 10 % Zuschlag bezahlt werden sollten und daß die Krankenkassenbeiträge erhöht werden sollten. Der Anschlag sei aber entfernt worden. (Nach Protest der Arbeiter und als nun von ihnen kündigten.) Der Angeklagte habe in seiner Zeitung nicht die Mitteilung gebracht, daß die Belastungen der Firma ihre Verantwortlichkeit nicht gefunden hätten. Das lasse eine Abtötung der Belästigung erkennen. Im übrigen sei es dem Angeklagten nicht darauf angekommen, die Wahrheit zu schreiben, sondern nur zu helfen. Genosse Senfner verteidigte die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalts und zeigte an Hand reicher Erfahrungen, daß es im Arbeiterleben doch andere zucht, als es vom Vertreter der Privatkläger hingestellt wurde. Das Gericht schickte dem Angeklagten vollen Glauben. Obwohl sich dessen Ausführungen an und sprach ihn frei. Die Kosten wurden den Privatklägern zur Last gelegt. — Als sich der Gerichtshof zur Beratung zurückgezogen hatte, sagte der Rechtsanwalt zu dem Gerichtsdienster: „Sie müssen hier für Ventilation Sorge tragen.“ Der Gerichtsdienster öffnete ein Fenster. Die im Hofraum anwesenden Arbeiter konnten sich des Lachens nicht enthalten und sagten: „Nun, hier ist doch kein Rauch, im Betriebe der Stahlhüttenanlage ist eine andere Luft.“

Angsbung. (Singsch und Ehrfen auf dem Bauern- und Gimpfang.) Seit Jahren bemühen sich die hiesigen Singsch- und Ehrfenführer, ihren Organisationen auch Ehrfen zu verschaffen. Alles umsonst — es geht immer noch mehr schief und das wird die „großen Strategen“ in ihrer Seele. So darf die Sache nicht weitergehen — denken sie — und sagt war ein „genialer Gedanke“ ausgeht. „Es wird zur Stärkung unserer sehr wichtigen Reihen eine Lohnbewegung imgezielt — die natürlich nur Angsbung heißt — und der Deutsche Metallarbeiter-Verein zu dieser Komödie vor unserer Karre gepannt.“ So der Plan und nun eine Einladung an den Deutschen Metallarbeiter-Verein. Wir wissen aber seit langem, daß die Singsch und Ehrfen in den einzelnen Gewerbebetrieben der Angsbunger Metallindustrie kein Hindernis sind, im Gegenteil, die Arbeiter sind in den meisten Betrieben nicht befreit. Zusammen sie nur doch mit einem solchen Gedankens heraus, so gilt es in erster Linie, unter jolcher Flagge Mitglieder zu jungen und andere Organisationen vor ihnen vorzuziehen. Eine solche Komödie werden wir natürlich nicht mit, und da wir diese Komödie durchzuführen, sollten wir entscheiden ob. Doch nun in den beiden Lager klüftliche Gutachten und Lage und Bekandung in allen ihren Verbindungen. Für Geschäft war oder möglich, so wieder! In Betrieben mit über 1000 Arbeitern folgen ihnen Andenken kann zwei Dutzend Dutzenden. Und so will diese jammere Gesellschaft Lohnbewegungen machen! Auf das in diesen Tagen von jeder Seite gegen uns gerichtete Rede und läche Gerede und Geschwätz zu antworten, vermag ich nicht. Der Deutsche Metallarbeiter-Verein hat in Angsbung von jeder die Interessen seiner Mitglieder in allen Fragen des Lebens jährl und energig vertrete, seine Erträge in der Angsbunger Metallindustrie betriebe dies deutlich. Und so wird er weiter werden. Die Angsbunger Metallarbeiter werden sich deshalb durch den jährl betriebenen Singsch-Dauerlich-trübsigen Konzern- und Gimpfang nicht beirren lassen, wenn ihre Bewegung ist und bleibt der Deutsche Metallarbeiter-Verein. Deshalb, Arbeiter: Man für Mann in seine Reihen und dort wo nötig auf der ganzen Linie!

Geduld (Schluß). Im vorigen Jahre wurde noch 2 1/2 jähriger Dauer die Exzesse bei der Firma Gehr. Nitz & Schmeißer (Klempnerwerk und Eisengießerei) aufgehoben, nachdem Verhandlungen erfolgt waren. Man glaubte, daß nunmehr Ruhe in diesem Betrieb eintreten würde. Als dem jüngeren Richter Arbeiterbeschwerden immer, wenn man die Firma hörte, die Organisationen jährlich sein. Jetzt nun, da man glaubte, annähernde Ruhe herbeizuführen zu können, war die Organisation bereit, wichtige Leute in diesen Betrieb hineinzubringen. Sobald aber diese die Verhältnisse in diesem Betriebe kennen gelernt hatten, hörte man fortwährend Klagen und noch länger Zeit schüttelten sie wieder den Gendarmen über den Bau des Beschäftigten und sagten sich andere Arbeit. In der Gießerei herrschen Spinnale, die wohl geändert werden müssen, wenn man einigermaßen guter Wille vorhanden wäre. Die Firma

will aber nicht. Ein tüchtiger Former wird mit den dortigen Produkten nicht einverstanden sein. Erklärt dem Former ein Arbeiterpreis zu niedrig und er reklamiert beim Meister, so erklärt dieser einfach: „Ich kann nichts zulegen.“ So, es kam sogar schon vor, daß der Meister in seinem Arbeiterbuch den Preis für einen Artikel von 27 M. verzeichnet hatte, als aber der Former die Arbeit bekam, stand in seinem Lohnbuch nur noch „22 M.“ Das Reklamieren hatte keinen Wert. Es hieß einfach: „Was im Kontor eingetragen ist, das gilt.“ Außerdem fehlt es in der Gießerei an Hilfsarbeitern. Was an solchen vorhanden ist, wurde als Rohfabrikform, zum Teil auch auf Maschinenherstellung angewandt. Der vorhandene Kran ist sehr schwer zu dirigieren. Dies und der Mangel an geeigneten Hilfsarbeitern machen manche Arbeit zur Schinderei. In der Dreherei ist es nicht viel besser. „Nord, regulierungen“ nach unten find an der Tagesordnung. Kommt ein fremder Dreher in den Betrieb, der die Preise noch nicht kennt, so erhält er, wenn es irgend geht, weniger für den Artikel als die alten Arbeiter. Der betriebsfremde Arbeiter will aber auch etwas verdienen. Er strengt sich somit aufs äußerste an; wenn dann denselben Artikel wieder ein anderer Arbeiter erhält, muß er ihn um den niederen Preis machen. Will er seinen alten Preis haben, dann heißt es, der ober jener Arbeiter hat ihn auch gemacht, dafür wird nicht mehr bezahlt. Zudem läßt das verwendete Material sehr zu wünschen übrig, so daß neben den Formern noch die Dreher sehr unter dem perdsien Guß zu leiden haben. Aus allen diesen Gründen ist es erklärlich, wenn ein tüchtiger Former oder Dreher, der infolge der verlockenden Inserate bei Gehr. Nitz & Schmeißer Arbeit angenommen hat, nach kurzer Zeit wieder anderwärts umschau hält. Wir geben deshalb der Firma Gehr. Nitz & Schmeißer den wohlgemeinten Rat, die zwischen der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins und dem Verbands der Metallindustriellen Württembergs abgeschlossenen Einigungsbedingungen für sich als verbindlich anzuerkennen, sie strikte einzuhalten und die vorkommenden Mißstände zu beseitigen. Dann wird sie auch den gewünschten, für die Weiterentwicklung des Betriebes notwendigen Stamm von tüchtigen Arbeitern erhalten.

Sagen i. W. (Der gelbe Sumpf in Preissegen-Schwelem.) Sofort nach den Reichstagswahlen wurde hier bekannt, daß im Weinrestaurant „Zum Altschäumer“ in Gengen eine Anzahl Großindustrieller eine Versprechung hatten, um auch hier die gelben Wertverne einzuführen. Die Akkumulatorenwerke, die jetzt 1200 Arbeiter beschäftigen, eröffneten den Reigen! Es wurden umfangreiche Flugblätter verteilt, worin weidlich auf die „Streikgewerkschaften“, in denen die Führer sich von Arbeitergrößen müßten, geschimpft wurde. Ein Obergelehrter aus Essen briefte am 9. Juli eine „öffentliche“ Versammlung ein, die von circa 50 Personen, meistens Organisierten, besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung versuchte der gelbe Herr vor allem, die Kollegen Ernst und Koch aus dem Saale weichen zu lassen, wofür der Wirt jedoch kein Verlangen zeigte. Da die Sache für die Gelben sehr „mies“ ausfiel, ergrieffen diese das Hosenspanier und eröffneten in einem Nebenzimmer eine Mitglieder-versammlung mit sechs Mann. Eine Woche später fand im selben Saale eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verein arrangierte gutbesuchte Versammlung für die Arbeiter des genannten Werkes statt. Kollege Hermann Koch (Sagen) referierte über: „Der gelbe Sumpf“. Der Vortrag fand starken Beifall. Die Gelbdinge waren eingeladen, jedoch nicht erschienen. Waren also im Akkumulatorenwerk die Trauben für die Gelben zu teuer, so versuchten sie jetzt ihr Ziel in zwei weiteren Großbetrieben, bei Hoyermann und bei Wittmann nachzuziehen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verein fand am 24. Juli die Kollegen der beiden Werke in die „Kaiserhalle“ in Westerbauer, um ihnen die „Vorrede“ der gelben Wertverne vor Augen zu führen. Kollege Koch sprach vor 500 bis 600 Erschienenen und fand auch hier stimmigen Beifall. Ein Obmann des Metallarbeiter-Vereins, dem es aufsehnend naheging, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verein so gutbesuchte Versammlungen auszuweisen hat, betrugte sich bitter, daß der Referent mehrmals von der sozialdemokratischen Partei gesprochen habe, wo doch ein guter Teil der Erschienenen auf „nationalen“ Boden stände. Die Versammlung hätte besser unterbleiben sollen, da jetzt zur Bekämpfung des Unternehmensgewinners der Arbeiterentscheidend einsteigen sollte.“ Der liebe Mann ließ sich durchbilden, daß er nicht auf ein Gewerkschaftsangehörte zu sprechen sei. Kollege Koch gab ihm Aufklärung darüber, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verein keine Versammlungen nach wie vor ohne Erlaubnis anderer Organisationen abhalten werde. Die wurden dann auch anderen Leuten keine Vorschriften machen, wie diese ihre Agitation betreiben. Es sei nur zu betonen, daß der Singsch-Dauerliche Vertreter die Sache mit den gelben Wertvernein so leicht nehme. (Lebhafte Zustimmung.) Die Firma Wittmann hatte für guten Besuch agitiert, indem sie in der Fabrik große Zeitel mit folgendem Inhalt verteilte lieg: „An die Arbeiter der Firma Wittmann. Wertkollegen! Die Führer der Kampfsorganisation wollen am heutigen Abend besuchen, unsere Verbände ein auszubilden. Den Herren, die nur von euren Verbandsbeiträgen leben, kommt es jedoch nur darauf an, neue Mitglieder einzusaugen. Rational gestinnte Kollegen! Meist der Versammlung fern. Werft doch endlich das Zwangsgeld der Streikgewerkschaften den auch, damit ihr euch in der Arbeit bethätigen könnt wie ihr wollt, ohne unabhängig von dem Zwange der letzten Hege! Trete ein in den Werkverein der Firma Wittmann. Damit hört ihr Geld und genießt große Vorteile ohne hohe Verbandsbeiträge. Der Vorstand des Werkvereins.“ Die Bekanntgabe dieser „Einladung“ wurde mit großer Heiterkeit entgegengenommen. Die Versammlung endete mit einem begeisterten Hoch auf die andere Arbeiterbewegung.

Stuttgart. In den Geschäften, die der Arbeiterchaft wenig befriedigende Arbeitsverhältnisse bieten, gehört auch die Firma E. & E. Fein (Elektromechanische Fabrik). Steis haben es dort Vorgesetzte verstanden, die Arbeiter durch kleinliche Maßnahmen ihre Kraft nicht zu lassen, da die Firma beratige Praktiken bedt und selbst eine Stellung zur Arbeiterchaft einnimmt, die zu Mißgriffen ansetzt. Als bei der letzten Bewegung die Organisation ernsthaft vorging, glaubte die Firma, durch Gründung einer gelben Organisation für alle Zeiten Ruhe geschaffen zu haben. Mit allen Mitteln wurde für eine Unterhaltungslosigkeitsbewegung gemacht; trotzdem ist der Erfolg nur recht gering. Anständige Arbeiter wissen, daß ihre Interessen nicht bei den Gelben, sondern bei der freien Organisation vertrete werden. Zusammen gab es auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen keine, die sich nicht gezeiteten, für die gelbe Gründung in Aktion zu treten. Doch sie damit ihre eigene Stellung gefährden und der Firma helfen, ihren Arbeitern noch jährlcher gegenüber treten zu können, hat weniger dieser Gelben zu spät bereuen müssen. Einige Vorlesungen der letzten Zeit sollen nun zeigen, wie Meister und andere Vorgesetzte bei der Firma Fein gegen die Arbeiter vorgehen. In diesen Tagen wird von den Arbeitern nichts Wasser zum Trinken empfangen, das nur vom Hosenknopf besetzt wird. Ob nun auf Anweisung oder eigenen Entschluß, was dasinbestigt bleiben: dem Wunsche der Arbeiter wird nicht entgegen, der Faustrecht muß gegen den Sorten gehen. Reklamationen beim Meister haben in der Regel keinen Wert, so daß sich ein Vertrauensmann in der Verwaltung die Bewegung erkante, ob denn das Gartenstrengen wichtiger sei, als den kampfenden Arbeitern Trindwässer zu holen. Es dauerte nicht lange und für die Bemerkung hatte der Meister S am an die Kündigung besorgt. Meister S am am versteht überhaupt, in seiner Abteilung Ersatz zu stellen, weil keine Arbeiter sich als Nichter lassen. Eine Unmenge Klagen wegen Arbeitsmangel, Klagen für Verzögerung und Strafen für Nichterhalten sind an der Tagesordnung. Kennzeichnend in der weidlichen Abteilung wollen die Klagen nicht aufhören; die Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Fein sagen aber davon beuten, daß es nicht fertig wird, so lange es an Unverschämtheit und Einzelheit fest. Nur durch festen Zusammenhalt in der Organisation wird es möglich, auch hier Renatur zu schaffen, aus diesen Elendobis wenigstens einen Betrieb zu machen, der nicht eintrudelnd Arbeiter für längere Zeit des Anhaltens ermöglicht. Firma und Arbeiterchaft können auch anders, sobald sie einsehen, daß sie müssen.

Schlösser.

Chemnitz. Der Streik der Baukschlösser ist nach dreiwöchiger Dauer beendet worden, am 15. Juli nahmen sie bis auf 6 Mann die Arbeit wieder auf. Die sechs bleiben zusammen auch nur noch 10 Tage außer Arbeit, sie sind bis auf 4 alle wieder an die früheren Plätze gekommen. Von dem Streik wurden 42 Werkstätten betroffen, es traten 124 Kollegen in den Aufstand, in 27 Werkstätten blieben 88 Gehilfen stehen, worunter sich 6 Meister und 19 Meisterhelfer befanden. Die Ursachen des Streiks waren, daß eine Anzahl Meister sich um den im Jahre 1910 abgeschlossenen und bis zum 30. Juli dieses Jahres laufenden Tarif nicht kümmern wollten. Zwei Kollegen waren deshalb gezwungen, gegen einen Meister klagbar vorzugehen. Das Gewerbegericht holte bei der Gewerbeinspektion ein Gutachten ein, das dahingehend lautete, der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarif sei nicht für alle Meister gültig, weil er nicht von einer Innungsversammlung in allen seinen Teilen beschlossen worden sei. Es genüge nicht, daß seinerzeit dem Innungsvorstand die weitgehendste Vollmacht erteilt worden sei, es hätte der Tarif, wie er mit dem Gesellenauschuß vereinbart wurde, der Innungsversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen. Der Gesellenauschuß richtete deshalb am 24. März dieses Jahres ein Schreiben an die Schloffer-Zwangstnung, man möge nachträglich den Beschluß der Innungsversammlung einholen, um so dem Tarif bei allen Meistern Gültigkeit zu verschaffen. Am 1. April trug die Innungsversammlung, in der die Meister den Beschluß sahen, dem Gesellenauschuß mitzuteilen, daß eine Zwangstnung nach § 100 q der Gewerbeordnung nicht berechtigt sei, einen Lohnstarif, der für alle Mitglieder verbindend sei, abzuschließen. Darauf reichten die Gehilfen am 24. Mai einen neuen Tarif ein, Antwort wurde bis zum 10. Juni verlangt. Am 10. Juni trat der Innungsvorstand und der Gesellenauschuß zur Verhandlung zusammen, wo weiter nichts zustande kam, als daß der Innungsvorstand versprach, am 17. Juni eine Innungsversammlung abzuhalten und dieser die Forderung der Gehilfen zu unterbreiten. Diese Versammlung beschloß, jetzt nicht in neue Tarifverhandlungen einzutreten, sondern es solle der alte Tarif bestehen bleiben. Einstimmig sah die Innungsversammlung den Beschluß, diesen Tarif für den Bezirk Chemnitz der Schloffer-Zwangstnung anzuerkennen, was am 1. April nach § 100 q der Gewerbeordnung nicht zulässig war. Außer diesem verpflichteten sich die antwortenden Meister mit ihrer Unterschrift, einen Sichtwechsel auf 1000 M. lautend anzuhellen für den Fall, daß sie mit den Gehilfen besondere Vereinbarungen treffen. Hierauf beschloßen die Gehilfen am 21. Juni den Streik. Bis auf einzelne, die ihren Abford noch nicht beendet hatten, legten sie am 22. Juni die Arbeit nieder. Einige Inhaber der größeren Werkstätten bemühten sich, die Arbeit außerhalb Chemnitz fertigstellen zu lassen, sie wandten sich dieserhalb nach Altdorf an die Firma Leppert. Die dortigen Kollegen stellten die Arbeit ein und nach einträglichem Streik zog der Unternehmer die Streikarbeit zurück. In der Allgemeinen Zeitung suchten die Meister die Sache so darzustellen, als seien die Schloffergehilfen tariflosmäßig geworden, weshalb von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins eine Broschüre herausgegeben wurde: „Die Ursachen des Baukschlösserstreiks“, die an sämtliche Innungsmeister und an die Baukschlössermeister wurde. Weitere Zeitungsnotizen blieben dann aus. Weiter wurde der Mithel vom Syndikat der Gewerbeinspektion um Hilfe gebeten, um Aufschluß zu geben, ob es wahr sei, daß die Schloffergehilfen einen Tarif eingereicht hätten und die bedingungslose Unterwerfung der Meister forderten. Von dem Verbandsbevollmächtigten wurde der Syndikat an der Hand der vorkommenden Briefschaften bald eines andern belehrt, so daß er zur Entschuldigung anführte, da müsse er den Herrn Obermeister falsch verstanden haben, denn er habe mit diesem nur richtig über die Sache gesprochen. Auch die Polizei suchten die Meister für ihre Broede auszuheilen, denn sie gaben Listen aus an die Meister, in die diese die Namen meist Gehilfsjohr und Geburtsort aller streikenden Gehilfen eintragen sollten. Hieran knüpfen verschiedene Unternehmer die Bemerkung, es sollten die streikenden Ausländer ausgehoben werden, denn es erfolge die Aufnahme im Auftrage der Polizei. Die Volkstimme schrieb hierzu: „Dah dieses im Auftrag der Polizei geschehe, darf wohl kaum angenommen werden und es wäre wohl am Platze, wenn die Behörde sich hierzu äußerte.“ Einige Tage später schrieb die Volkstimme, es sei nicht wahr, daß die Polizei von der Innung die Namen der Streikenden verlangt habe, sie habe sich lediglich zur Erfüllung ihrer statistischen Aufzeichnungen der betroffenen Betriebe sowie nach Zahl und Alter der am Streik beteiligten Arbeiter erkundigt, und zwar nicht einseitig bei der Innung, sondern auch bei den Streikenden. In einem Falle freilich sei es vorgekommen, daß die Polizei zwei Streikbrecher von der Werkstätte in die Nähe ihrer Wohnung brachte. — Am 29. Juni verhandelte der Gesellenauschuß wieder mit dem Innungsvorstand. Dieser wollte den Mindestlohn mit Ausnahme für die Ausgelernten der Innungsversammlung, die für den 3. Juli einberufen war, empfehlen. In dieser Versammlung wurde der Vorschlag von den Meistern angenommen, aber unter Protest von solchen Meistern, die Gehilfen nur ausnahmsweise beschäftigt und hauptsächlich Lehrlinge „auszubilden“. Diese Herren glaubten im trüben Fischchen zu können, denn der Meister Rätthilf kam eines Tages mit seinen drei Lehrbuben auf den Bau, wo die Arbeit eingestellt war, um Streikarbeit zu verrichten. Die ausständigen Gehilfen wandten sich sofort an ihren Meister und erklärten ihm, in seinem Betrieb nicht mehr zu arbeiten, wenn er Arbeitswillige beschäftige. Zu Mittag mußte Herr Rätthilf mit seinen drei Lehrlingen wieder seiner Wege gehen. Angeführt dessen, daß die Kleinmeister gegen jeden Fortschritt pünktlich und die Meister, die in der Baukschlösser-Gehilfen beschäftigten, sich geschädigt glaubten, wenn sie mit ihren Gehilfen besondere Vereinbarungen treffen würden (weil die Schloffermeister dem Schutzverband angehörten), andererseits aber auch den Gehilfen daran lag, einen Tarif mit der Innung abzuschließen, so beschloß die Versammlung der Streikenden am 6. Juli, auf Grund des alten Tarifes zu verhandeln. Jedoch sei es nötig, auch den Mindestlohn der Ausgelernten zu erhöhen, sämtlichen Gehilfen bei Wiederaufnahme der Arbeit eine allgemeine Lohnverhöhung zu zahlen und alle noch am Platze weilenden Gehilfen an ihre Arbeitsplätze zu stellen. Am 9. Juli sagten die Meister folgenden Beschluß: 1. Der Lohn für Ausgelernte soll mit dem Mindestlohn von 85 % pro Stunde befesten bleiben; da wir es als einen Akt der Jugendfürsorge betrachten, daß ihm die Weiterausbildung in unserem Betriebe nicht genommen wird. Weiter auch das Bemühen, seinen Lohn auch verdient zu haben, bleiben kann. Dieser Lohnsatz kann die Höhe nicht erreichen wie in den Städten, wo eine vierjährige Lehrzeit schon längst besteht. 2. Betreffs einer übermäßigen Lohnverhöhung von circa 60 % gewährt worden ist. Weiter hat die Versammlung die Mindestsätze, außer den Ausgelernten, schon jetzt vor Ablauf des Tarifes um 2 % erhöht, um auch den Gehilfen gerecht zu werden, welche nach dem 1. April 1912 ihre Stelle gewechselt haben. 3. Kann die Versammlung den Wunsch auf durchgängige Erhöhung der Stundenlöhne nicht gewöhnen, da sie auch jetzt noch bedeutende Zugehändnisse gemacht hat, nachdem die meisten Arbeiter nicht mehr allein zu tragen imstande sind und diese Kosten abends Arbeitslohn nachmittags 4 Uhr, sind bis jetzt und werden auch in Zukunft alle Meister ihren Gehilfen entgegenkommen, wenn aus irgend einem triftigen Grund ein Gehilfe vor 5 respektive 7 1/2 Uhr die Arbeit verlassen mußte oder muß. Für allgemein ist zu betrachten, daß viele Redaktionen gerade Sonntagsabend am Platze sind und die große Mehrzahl der Gehilfen nicht auswärts, sondern hier wohnen. 5. Gegenseitige Maßregelungen finden nicht statt. Jedoch kann die Einstellung der Gehilfen nur nach Bedarf stattfinden. Offene Stellen sind jederzeit beim Obermeister zu erfragen. 6. Alle weiteren Verhandlungen sind ausgeschlossen und fordert die Innungsbemerkung die Gehilfen auf, die Arbeit bis Montag den 15. Juli wieder aufzunehmen. Sollte dies wider Erwarten nicht geschehen,

Vom Ausland.

Osterreich.

Bogen. Bei der Installationsfirma Neumann & Kunze betraucht der Werkmeister S. n. fortwährend Faust und Streit.

Ungarn.

Am 27. Juli wurden sämtliche Arbeiter der Ganzschen Elektrizitätsfabrik in Budapest ausgesperrt.

Frankreich.

wd. Nach ziemlich flüchtigsten Verhandlungen nahm die Deputiertenkammer mit 491 gegen 51 Stimmen das Zehn-

Ein zehner Kampf führen die französischen Seeleute schon seit sechs Wochen um höhere Löhne.

Schweden.

Jährig. In dem Artikel in Nr. 30 der N. N. über den Abbruch Generalstreik in Järlid ist dem Verleger ein Fehler unterlaufen.

Belgien.

Seit zehn Wochen streiken die Dreher bei der Firma van den Caillaux in Antwerpen um einen Minimallohn und bessere Bedingungen der Arbeit.

Niederlande.

Der Allgemeine Niederländische Metallbrennerverband hielt am 16. und 17. Juni in Amsterdam seinen Kongress ab.

stehenden Delfers nicht zufrieden. Ein Delegierter aus Schiedam hat hervor, der Verband sei zentralistisch eingerichtet worden.

In betreff der finanziellen Lage ist die Mitteilung des Vorsitzenden von Interesse, daß es infolge des Anwachsenden der Mitgliederzahl möglich sein wird, im laufenden Jahre die Einnahme

Die Reklamation des Verbandsorgans wurde nach dem bisher geltenden Statut durch den Kongress gewählt.

Es lagen mehrere Anträge auf Beitragserhöhung vor. Bei der Abstimmung darüber, ob überhaupt eine Erhöhung stattfinden solle, wurde für 2871 Mitglieder mit Ja gestimmt

Am 8. Juli wurden in Alkmaar 99 Arbeiter ausgesperrt. Von diesen waren 80 organisiert, darunter 50 Mitglieder des Metall-

Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Strafen- u. Sterbefälle der Metallarbeiter“ (E. G. Nr. 29, Hamburg) u. deren Frauen.

Table with financial data: Einnahmen: Von Büchlein eingekauft, Beiträge von Einzelmitgliedern, Zinsen, Sonstige Einnahmen. Ausgaben: In Büchlein verkauft, Personale Verwaltungskosten, Sachliche, Rückgezahlte Zinsen, Sonstige Ausgaben. Bilanz: Einlagen, Ausgaben, Rücklagen, Saldo zum 1. Quartal 1912.

Zur Beachtung!

Zur Vermeidung von Verzögerungen ersuchen wir die Ortsverwaltungen um genaue Beachtung des Folgenden: Es sind zu adressieren: Mitteilungen wegen Fernhaltung des Anzuges und Herberungen des

Letzte Nachrichten.

Hamburg. Graveure, Gold- und Silberarbeiter werden vor Arbeitsannahme bei der Firma John & v. Schouwen in Brüssel gewarnt.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. Montag, 19. August: Breslau (Former, Kernmacher und Diebstahlkassier) S. Hollwachs, 1/40

Belanntmachungen der Ortsverwaltungen etc. Berlin. Messgeld wird nur morgen von 9-12 Uhr und nachmittags von 4-6 Uhr, Ausnahmefallunter-

Sonntag, 18. August: Bitterfeld-Deitzsch, Lindenhof, 9/4. Breslau (Elektr.), Ritter Hofe, 10.

Gehtorb. Danken. Max Starke, Bohrer, 30 Jahre, Tuberkulose. Bernburg i. A. (Gr. Polen), Franz Schumann, Schloffer, 25 Jahre, Tuberkulose.

Privat-Anzeigen. Wir suchen noch einige tüchtige Former. Sündtliche Metalldreher auf Revolverbau für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht.

Mechaniker, Revolverdreher und Fräser für unser Feinwerkzeug ein. Reibungen mit hohem Bildungsgang und Zeugnisabschritten erbitet.